

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 129

SONNTAG, 4. Dez. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Die wirtschaftliche
Mobilmachung
Menschen zwischen den Grenzen
Braune Todeszellen
Korrumpierte Justiz

Aus dem Sumpf der braunen Aufrüstung

Die Korruptionsgeschäfte eines Ministers — Offiziere als Erpresser — Die Industrie als Geldgeber

Die Korruption in der Rüstungsindustrie ist weitbekannt. Im Dritten Reich ist sie zum Regierungssystem geworden. Jede öffentliche Kontrolle fehlt, gewaltige Geldmittel werden hin- und hergeschoben, eine völlig unkontrollierte Fondswirtschaft ist eingerissen, die der Korruption Tür und Tor öffnet. Glückssritter, Abenteurer, Spekulanten drängen sich zwischen die Industrie und die Verwalter der Fonds. Gewaltige Summen fließen als Schmiergelder in die Hände von privaten und beamteten Banditen.

Wir sind in der Lage, in diese stinkende Korruption hineinzuleuchten. Es handelt sich um eine Bande, die sich um die »Kreuz-Zeitung« gruppiert hat, die bis zum 1. November 1935 dem Reichsarbeitsminister Franz Seldte gehört hat. Diese Bande besteht außer dem früheren Besitzer der »Kreuz-Zeitung« selber, aus aktiven und ehemaligen Offizieren, sogenannten Sachverständigen, Beamten und Journalisten — alle auf der Jagd nach dem Geld, alle sich skrupellos bereichernd aus Mitteln, die sie der Industrie abjagten, wie aus öffentlichen Mitteln.

Vor den Kulissen geben sich die Männer des braunen Systems als die Reineren des öffentlichen Lebens, als die um Ehre und Größe des Vaterlands besorgten Patrioten, ihre dirigierte Presse spricht in schwülstigen Tönen vom deutschen Volk und seinen Lebensinteressen — hinter den Kulissen pfeifen die höchsten Spitzen des Systems auf Ehre, Reinheit und Größe und kämpfen mit Gangstermethoden um den Anteil an der Beute. Das deutsche Volk ist Räubern in die Hände gefallen, die sich in der Kotlache einer unvorstellbaren Korruption wälzen.

Wir beginnen heute unsere Veröffentlichungen, die wir fortsetzen werden, mit einer kurzen Schilderung der beteiligten Personen und ihrer Methoden.

Franz Seldte und die »Kreuz-Zeitung«

Herr Franz Seldte, derzeit deutscher Reichsarbeitsminister, und bis vor kurzem Bundesführer des Stahlhelms, hat im Jahre 1932 den Verlag der »Kreuz-Zeitung« vom Grafen Westarp für 15.000 Mark als sein Privateigentum erworben, nachdem er schon im Jahre 1931 die Aktienmehrheit der »Kreuz-Zeitung«-Grundstücks-A.-G. an sich gebracht hatte. Mit Hilfe der Zeitung wollte Seldte seinen Einfluß im Stahlhelm gegenüber seinem Konkurrenten Diesterberg stärken. Er wollte aber auch Geschäfte machen. Er war der Meinung, daß der Hochadel und die ultrakonservativen Kreise, die bisher mit der »Kreuz-Zeitung« durch dick und dünn gegangen waren, nun auch ihn subventionieren würden. Darin täuschte er sich. Westarp hatte beim Verkauf der »Kreuz-Zeitung« seinen Abonnenten ein Rundschreiben zugehen lassen, daß er die »Kreuz-Zeitung« verlasse, die nunmehr in die Hände des Stahlhelms als einer durchaus bürgerlichen Organisation übergehe. Er glaube, diese Mitteilung seinen Freunden schuldig zu sein. Damit war Herr Franz Seldte hereingelegt, mit der Subventionierung durch den Adel war es nichts.

Verbindung mit Reichswehrhyänen

Seldte fand dafür Ersatz, indem er seine Zeitung in die nach dem Machtübergang an Hitler einsetzende Aufrüstungskonjunktur

einschaltete. Er selbst übernahm als Geschäftsinhaber die Oberleitung, sein Bruder Georg Seldte wurde Verlagsdirektor. Die wichtigste Rolle bei den nun beginnenden korruptiven Geschäften spielte ein Major a. D. Hans Wulkow, Inseratenwerber der »Kreuz-Zeitung«. Dieser Major — der Typ des äußerlich ehrenwerten älteren kaiserlichen Offiziers — verfügte über ausgezeichnete Beziehungen zur Reichswehr. Er war ein ehemaliger Regimentalkamerad und persönlicher Freund eines Majors a. D. Schäfer, der in der Abwehr-Abteilung des Reichswehrministeriums als selbständiger Abteilungsleiter unmittelbar dem Chef unterstellt war. Durch die Eigenart der Tätigkeit der Abwehrabteilung verfügte Schäfer über die besten Beziehungen zur Industrie, namentlich zur Oel-, Rüstungs- und Textilindustrie. Major Schäfer war befreundet mit dem Hauptmann im Generalstab Johst. Dieser bearbeitete Fliegerangelegenheiten. Er ist ein tüchtiger und gewissenloser Geschäftsmacher, er hat seine Hände in allen Industrieangelegenheiten, dadurch auch in Pressesachen, soweit er die Presse braucht. Seinen hohen Lebensaufwand deckt er mit Zuwendungen, die er regelmäßig von J.G.-Farben dafür bekommt, daß er ihnen das Filtergeschäft

erhält (Gasmaskenfilter). Mit ihm befreundet sind ein Oberst Müller, ein Verwandter des Reichsbischofs, Kapitän Gadow, und Major Foertsch, der ehemalige Pressechef der Reichswehr. (Nicht zu verwechseln mit dem verstorbenen langjährigen Kreuzzeitungsredakteur Major Foertsch.) Diese Männer bildeten einen geschlossenen Block von Geschäftsmachern, die zu allem bereit sind, wenn es dabei zu verdienen gibt.

Diese Geschäftsmacher aus der Reichswehr bedienten sich nun der »Kreuz-Zeitung« als eines Mittels für ihre persönliche Bereicherung, während sich andererseits Franz Seldte als Geschäftsinhaber der »Kreuz-Zeitung« durch diese Männer Korruptionsgelder und Subventionen zutreiben ließ. Die Technik, gegenüber Industriefirmen, war dabei im wesentlichen die folgende:

Wulkow erhielt von seinen Reichswehrgenossen Empfehlungen für Industriefirmen. Gestützt darauf schnornte er bei diesen Firmen um Inseratenaufträge oder Subventionen, wobei er auf die guten Beziehungen zwischen Reichswehr und »Kreuz-Zeitung« pochte. Fand er keine Gegenliebe, so drohte er mit seinen mächtigen Freunden, und dann begannen Betrug und Erpressung zu spielen. Aus der Fülle dieser Sorte Geschäfte greifen wir

zunächst einige charakteristische Fälle heraus.

1. Der Angriff auf Auer und Draeger

Zwischen dem Stahlhof, G. m. b. H., d. h. der Zeugmeisterei des Stahlhelms und der Firma Draeger in Lübeck, die auch Gasmasken herstellte, bestanden seit langem geschäftliche Beziehungen. Herr Eugen Seldte, ein Bruder Franz Seldtes, war Generalvertreter der Firma Draeger für das Reich. Die Stahlhof-G. m. b. H. war im wesentlichen ein Familienunternehmen der Familie Seldte. Die Hauptanteile besaßen Margarete Seldte, das ist die Mutter der Brüder Seldte, und Eugen Seldte.

Die Familie Seldte verdiente also an der Ausrüstung eines jeden einzelnen Stahlhelmmannes, die ja pflichtgemäß nur dort die vorschrittsmäßige Ausrüstung kaufen konnten.

Zu dieser Ausrüstung gehörten auch Gasmasken. Diese Gasmasken lieferte Draeger, dessen Generalvertreter wieder Eugen Seldte war, so daß dieser dadurch doppelt verdiente, indem er einmal die Provision von Draeger für die Gasmasken erhielt, und ferner an jeder Gasmasken, die an einen Stahlhelmann

Nationalsozialistische Hinrichtungsmethoden

Die Blutrufe der Nationalsozialisten gegen Sozialdemokraten und Kommunisten häufen sich so, daß die Zeitungen des deutschen Diktaturregimes nicht ein Zehntel der Hinrichtungen mitteilen. In der Strafanstalt Tegel bei Berlin gab es vor der Errichtung der faschistischen Diktatur eine »Todeszelle«, die absonderlich von den Zellen der anderen Gefangenen lag. Diese Zelle, in der die zum Tode Verurteilten bis zu ihrer Hinrichtung untergebracht wurden, stand in der Zeit des »Systems« meist leer. Im Laufe des Jahres 1934 sind in Tegel zehn neue Todeszellen gebaut worden, die sogar meist von mehreren Todeskandidaten besetzt sind. Das unausgesetzte Arbeiten des Hinrichtungsmechanismus geht sogar schon Nationalsozialisten selbst auf die Nerven. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft Berlin, der den Hinrichtungen stets beiwohnen muß, ein aktiver Nationalsozialist, hat seinen Abschied eingereicht, weil er die ständigen Hinrichtungen nicht mehr aushält.

Aber es gibt im faschistischen Deutschland noch Menschen mit »stärkeren« Nerven. Die Strafvollstreckungsbehörden sind im Laufe dieses Jahres mit Nationalsozialisten durchsetzt worden, um die verhängten Strafen im Sinne der nationalsozialistischen Vergeltungstheorie zu »wirklichen Strafen«, das heißt zu barbarischen Quälereien der Gegner des Systems auszugestalten. Durch eine neue Verfügung der Berliner Strafvollzugsbehörde wird auch den zum Tode Verurteilten in der kurzen Zeit, die ihnen zwischen Urteil und Hinrichtungen bleibt, das Leben zur Hölle gemacht.

An dem Kommunisten Albert Kayser, der Anfang November vom »Volkgerichtshof« wegen Hochverrat zum Tode verurteilt worden ist, hat man diese neuen Methoden als einem der ersten ausprobiert. Kayser rief nach Verlesung des Urteils im Volkgerichtshof aus: »Ich war Kommunist, ich bin Kommunist, und ich werde Kommunist bleiben!«

Er sitzt jetzt in einer der Tegeler Todeszellen und wartet auf die Vollstreckung.

Für seinen mutigen Ausspruch rächt sich das Regime an seinem Opfer. Jeden Nachmittag um 1/6 Uhr wird ihm das Essen in seine Zelle geschoben. Aber er darf das Essen nicht sofort zu sich nehmen. Die Gefängniswärter müssen auf Anordnung der Strafvollzugsbehörde dafür sorgen, daß Kayser sein Essen bis 6 Uhr nicht anrührt, denn zwischen 1/6 und 6 Uhr ist die Besuchszeit des Staatsanwalts, der den Vollstreckungsbefehl für die Hinrichtung zu überbringen hat. So muß Kayser jeden Tag eine halbe Stunde auf diesen Befehl warten, ehe er sein kaltgewordenes Essen verzehren darf. Jeden Tag wird er eine halbe Stunde auf die Folter gespannt, ob nicht endlich Schluß ist mit dieser Quälerei des Wartens auf den Tod. Und das geht jetzt bereits zwei Wochen so. Den politischen Gegner will das Regime in Deutschland nicht nur vernichten, sondern auch noch bis zum Wahnsinn quälen. Täglich erlebt das Opfer seine Hinrichtung aufs Neue, und dann sehnt es sich selbst danach: »Schluß zu machen!«

Anderen Verurteilten wird vor der Hinrichtung tagelang überhaupt jede Nahrung verweigert, weil man sie zwingen will, noch Aussagen über ihre politischen Freunde zu machen, bevor man sie vernichtet.

So geht es auf der »friedlichen Insel« Hitlers zu!

Die alte Kriegsliste

Hitler und die deutsch-französische Verständigung.

Das System benutzt die augenblickliche europäische Lage, um im Trüben zu fischen. Es hat ein Verständigungsmanöver großen Stils gegen Frankreich eingeleitet. Eine Rede Görings in Saarbrücken war die Ouvertüre, es folgten Besprechungen zwischen Hitler und dem französischen Botschafter in Berlin, Sondierungen durch den

Adjutanten Rippentrops in Paris. Die dirigierte deutsche Presse führt einen regelrechten Verständigungsfeldzug gegen Frankreich. Die Ziele des Manövers sind klar: es soll die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Abkommens gestört, und damit den im Bau befindlichen Sicherheitssystemen in Osteuropa die solide Grundlage entzogen werden. Ein weiteres Ziel ist die Abänderung des Locarno-Vertrages, die Aufhebung der Bestimmungen über die entmilitarisierte Rheinlandzone. Mit dem Verständigungsmanöver sollen die offenkundigen Verletzungen des Locarno-Paktes im Rheinland legalisiert werden.

Die deutsch-französische Verständigung ist eine Notwendigkeit der Friedenspolitik in Europa. Sie setzt die Achtung vor den Verträgen voraus. Sie kann nur erreicht werden zwischen Vertragspartnern, die beide von dem gleichen loyalen Willen zum Frieden erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind beim braunen System nicht gegeben. Es hat einen Beweis nach dem anderen dafür geliefert, daß es die Friedenssehnsucht der Völker mißbraucht zur ungestörten Kriegsausrüstung unter Bruch bestehender Verträge. Dennoch rechnet es damit, daß jedes neue Manöver mit Friedensreden ihm auch weiterhin Chancen zu neuen Vertragsbrüchen geben wird — trotz der schreienden Widersprüche, die zwischen den Friedensbeteuerungen nach außen und der Kriegshetze und Rüstung im Inneren bestehen.

Dies neue sogenannte Verständigungsangebot ist eine Kriegsliste — nichts anderes. Die notwendige wahre Verständigung setzt voraus, daß an die Stelle des Hitlersystems ein aufrichtiges und ehrliches Regierungssystem tritt, dessen Worte mit seinen Taten im Einklang stehen und das ein wirklicher Ausdruck des Volkswillens ist.

»Mut und Vorsicht«

verkauft wurde, den Geschäftsgewinn einsteckte.

Trotz dieser guten Beziehungen hatte die »Kreuz-Zeitung« keine Aussicht, von der Firma Draeger einen großen Inseratenauftrag zu erhalten, da Draeger grundsätzlich nur in Fachzeitschriften inserierte.

Der Hauptmann Johst geriet nun auf den Gedanken, den Konkurrenten von Draeger, die Auer-A.-G. in Berlin, für die »Kreuz-Zeitung« zu schröpfen.

Die Auer-A.-G. erzeugte seit längerer Zeit auf Veranlassung des Reichwehrministeriums ebenfalls Gasmasken und unterhielt in Oranienburg bei Berlin eine Gasschutzschule. Die Subventionen an Auer von der Reichswehr erfolgten in der Form, daß die Kosten der Gasschutzschule von der Reichswehr beglichen wurden. Zu dieser Zeit — April 1933 — sollte auf Wunsch der Reichswehr eine Verbesserung der Gasmasken eingeführt werden. Johst stellte sich nun so, als wollte er diese Aufträge Draeger zuschieben. Daß dies aber gleichzeitig die Auerleute wissen, damit diese versuchen sollten, diese Aufträge zu bekommen. Am Ende sollte dann Auer mit größeren Aufträgen als Draeger befriedigt werden, vorausgesetzt, daß er die »Kreuz-Zeitung« berücksichtige, wofür Johst wiederum Provision einstecken wollte. Dieser Plan wurde durchgeführt.

Johst setzte eine Verhandlung mit Draeger an, die bald zum Abschluß zu kommen schien. Vor Abschluß jedoch erschien Wulkow bei dem wissenschaftlichen Spezialisten von Auer für Gasmasken. Wulkow erzählte, welche Verhandlungen Johst mit Draeger führe. Der Mann von Auer erschrak.

denn tatsächlich war die in Frage kommende Verbesserung ein im Laboratorium von Auer ausgearbeitetes Geheimnis. Dies Geheimnis war aber auf unerklärliche Weise aus dem Laboratorium von Auer verschwunden und war, wie die Auer-Leute nun annahmen, in die Hände der Reichswehr gelangt.

Die Leute von Auer waren entsetzt, daß die Reichswehr die von Auer ausgearbeitete Erfindung der Firma Draeger, der schärfsten Konkurrenz von Auer, ausliefern wolle. Sie baten um Vermittlung. Nun griff Hauptmann Johst selbst ein. Er ging mit Wulkow wiederum zu Auer.

Die Folge war, daß am nächsten Tag der Verlag der »Kreuz-Zeitung« ein Schreiben der Firma Auer erhielt, worin die »Kreuz-Zeitung« gebeten wurde, propagandistisch für die Auer'schen Produkte zu wirken. Man würde zu diesem Zweck nicht nur alle Unterlagen, sondern auch persönliche Aufklärungen in jeder Form und Art in den Fabrikationsbetrieben von Auer finden. Die entstehenden Kosten würden von Auer gedeckt werden.

Auf Grund dieses Briefes erschien Georg Seldte bei der Firma Auer. Er erhielt sofort vorschußweise für propagandistische Zwecke eine größere Summe. Von dieser Summe erhielt Hauptmann Johst von Seldte 1000 Mark Provision, worüber er quittierte.

Indessen hatte sich Johst von diesem Geschäft mehr versprochen. Er beschloß nun die Sache umgekehrt zu machen, und Draeger bluten zu lassen, diesmal aber dabei das Geschäft ohne die Seldtes auf eigene Rechnung zu machen. Ein Mittelsmann von Johst teilte der Firma Draeger unter der Hand mit, daß die Reichswehr bei Auer stark ins Geschäft zu kommen wünsche, und zwar mit der Begründung, daß das Draeger-Werk in Lübeck für den Kriegsfall sehr ungünstig gelegen wäre. Man müßte also daran denken, die Gasmaskenerzeugung an einen strategisch günstigeren Ort zu verlegen und dachte deshalb daran, die Erzeugung bei Auer in Berlin zu konzentrieren. Johst ließ verschiedene Exposé's ausarbeiten, die angeblich als Grundlage zu Verhandlungen im Reichwehrministerium über die Konzentrierung der Produktion bei Auer dienen sollten.

Mit diesen Exposé's fuhr nun Wulkow nach Lübeck. Die Draeger-Leute erschrakten. Wulkow erklärte, er sei in der Lage, die Drohung von Draeger abzuwenden, man solle einen Vertrauensmann zu ihm nach Berlin schicken. Nach einigen Tagen erschien ein bevollmächtigter Vertreter von Draeger in Berlin. Er verhandelte mit Wulkow in der »Kreuz-Zeitung«. Wulkow versprach, auf die zuständigen Herren im Reichwehrministerium einzuwirken, aber er verlangte für seine Bemühungen 20.000 Mark. Der Vertreter von Draeger sagte zu. Darauf brachte Wulkow den Mann von Draeger mit dem Hauptmann Johst und einem Vertreter der »Kreuz-Zeitung« in der Weinstube von Habel Unter den Linden in Berlin zusammen. Johst zeigte dem Vertreter von Draeger Pläne über die angeblich beabsichtigte Konzentrierung der Gasmaskenfabrikation in Berlin. Der Mann von Draeger jedoch durchschaute den Schwindel. Er erklärte:

In einem feierlichen Staatsakt wurden die beiden »Großen Senate« des Reichsgerichts berufen. Justizminister Gürtner, der eigens nach Leipzig geeilt war, rief den versammelten Richtern zu:

»Geben Sie Ihren Weg mit Mut und mit Vorsicht, dann werden die Rechtsprechung und das Volksgewissen in harmlosem Einklang sein.«

Sofern deutsche Richter überhaupt noch zu denken wagen, hat sich vielleicht einer oder der andere anwesende Herr überlegt, wie er die beiden Tugenden »Mut und Vorsicht« wohl in Zukunft zweckmäßig zu verteilen habe. Wenige Tage vor der zitierten Festrede hatte nämlich der gleiche Justizober, der jetzt so schöne Worte spie, eine Ausführungsverordnung zu dem Erlaß des Reichskanzlers über die »Beteiligung des Stellvertreters des Führers der NSDAP bei der Ernennung von Beamten« herausgegeben, und Staatssekretär Freisler hatte diese Ausführungsverordnung in der »Deutschen Justiz« also kommentiert:

»Die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte,« die Bewerbungsgesuche ihrer Beamten auf ausgeschriebene Stellen empfangen, werden nach der eigenen beruflichen und politischen Beurteilung des sich bewerbenden Beamten den Gauleiter der NSDAP um seine Meinung über die politische Haltung dieses Beamten befragen... Ist der Gauleiter in der Lage, die Bescheinigung auszustel-

len, daß der betreffende Beamte vom politischen Standpunkt aus Bedenken der Bewegung nicht begegnet, so wird das Bewerbungsgesuch, mit dieser Beurteilung versehen, und weitergeleitet...

Für die Stellen der Oberstaatsanwälte, Senatspräsidenten, Landgerichtspräsidenten, Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten hat sich der Reichsminister der Justiz die Fühlungnahme mit dem Gauleiter der NSDAP in jedem Falle vorbehalten.

Bei der Ernennung eines Behördenchefs, so heißt es weiter, soll auch der Gauleiter des künftigen Amtes befragt werden, und bei Berufungen ins Reichsgericht oder zum Volkgerichtshof der Stellvertreter des Führers, Freisler stellt befriedigt fest:

»Solange eine einheitliche positive Beurteilung nicht gegeben werden kann, ist es aber auch selbstverständlich, daß eine Ernennung zum Beamten oder eine Beförderung eines Beamten im nationalsozialistischen Staat auf Stellen innerhalb der Rechtspflege ein Unmöglichkeit ist.«

Von nun an entscheidet also bei Beförderungen nicht mehr die menschliche und juristische Qualität des Bewerbers, sondern seine politische Strammheit. Das bedeutet: wer bisher nicht Mitglied der Partei wurde, wer je eine Meinungsverschiedenheit mit dem örtlichen Gauleiter hatte, wer je Recht gegen Gewalt zu setzen suchte, findet die Tür zu höheren Stellen verriegelt. Und das bedeutet weiter: wer am besten kriechen, am herolachsten speichel-

lecken, wer Mißliebige am brutalsten ins Gesicht treten kann, der kommt am raschesten obenauf. Die deutschen Richter sind »frei in ihren Entscheidungen«, sie dürfen das Gesetz mißachten und sich mit dem »Volksempfinden« entschuldigen, aber ein Urteil, das der Partei nicht gefällt, ein milder Spruch gegen Juden, ein strenger gegen nationalsozialistische Verbrecher kostet sie Karriere, Sicherheit und Zukunft.

Wenn die Herren, die den Worten des Reichsjustizministers lauschten, sich mit ihren Gedanken überhaupt soweit vorgewagt haben, dann kann ihnen die Beantwortung der Frage, wo Mut und wo Vorsicht am Platze sei, nicht mehr schwer geworden sein. Ihren Mut dürfen sie an wehrlosen Angeklagten auslassen, vor allem an schuldlosen Marxisten, Juden, Katholiken. Vorsicht aber müssen sie beim Umgang mit jenen braunen Brandstiftern, Kameradenmördern und Rechtsbrechern walten lassen, die heute das Reich regieren. Um Gottes willen kein Eintreten für Recht und Gesetzlichkeit, um Gottes willen kein richterlicher Berufsstolz! Der Richter, der umgekehrt verfahren, der Vorsicht bei der Anwendung menschenmörderischer Irrenhausgesetze und Mut gegen die allmächtigen Tyrannen an den Tag legen wollte, wäre verloren. Fügt er sich aber — und sie fügen sich alle, — so ist nur etwas anderes verloren — die deutsche Richtertehre.

»Fair Play«

Olympiade unter Hitlerterror.

Soeben erscheint bei den Editions du Carrefour, Paris, die erste übersichtliche Denkschrift über die Olympischen Spiele unter dem Hitlerterror, die das amerikanische Komitee on Fair Play, New York, herausgegeben hat. Im Juni 1933 hatte Hitler persönlich die feierliche Versicherung gegeben, Deutschland würde bei diesem Anlasse die Gleichberechtigung aller Nationen und Rassen, die die Grundlage der Olympischen Spiele bildet, achten und zwischen Nichtariern und Ariern keinen Unterschied machen. Die Denkschrift führt an Hand von amtlichen Dokumenten, offiziellen Angaben und Äußerungen von Naziführern einwandfrei den Beweis, daß die Nationalsozialisten nicht daran denken, dieses Versprechen einzuhalten. Nicht weniger als drei Millionen deutscher Sportler sind seit dem Beginn

der Naziherrschaft jeder Möglichkeit beraubt, sich sportlich zu betätigen, geschweige denn sich ausreichend für die Olympiade vorzubereiten. Die völlige Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Sport, die Auflösung der katholischen und protestantischen Jugend- und Sportverbände, das Verbot der gesamten deutschen Arbeitersport-Organisationen und eine Reihe anderer behördlicher Maßnahmen, die alle der olympischen Idee widersprechen, müßten allein schon genügen, um die Abhaltung der Spiele in Berlin unmöglich zu machen. Darüber hinaus zeigt die Denkschrift an Hand einer Anzahl von authentischen Beispielen, zu welchen Exzessen und Terrorakten die Rassenverhetzung auch im Sport bereits geführt hat und unvermeidlich weiter führen muß.

Angesichts der mächtig anwachsenden Protestbewegung in der ganzen Welt machen die braunen Herren, die sich die ungeheuren Propagandamöglichkeiten der Olympiade

nicht entgehen lassen wollen, verzweifelte Anstrengungen, um die öffentliche Meinung des Auslands irrezuführen. Das in dieser Broschüre enthaltene umfangreiche Tatsachenmaterial ist die bündigste Widerlegung dieser Täuschungsmanöver. Als Dokument unserer Zeit ist diese Schrift nicht nur für Sportler, sondern für jeden Gegner des Hitlerterrors von Interesse.

Die Broschüre ist durch die Buchhandlungen oder direkt vom Verlag zum Preise von 3 Fra. zu beziehen.

Das schlechte Gewissen

Die vorletzte Nummer der Berliner »Jüdischen Rundschau« ist auf Anordnung des Propagandaministeriums beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines Berichts über die demonstrative Ehrung der jüdischen Gefallenen des Weltkrieges in London, bei der das britische Heer durch seine höchsten Offiziere vertreten war.

»Meine Herren, was Sie mir hier erzählen, ist Mumpitz. Sagen Sie mir, wie viel Geld Sie haben wollten.«

Da sagte Wulkow, daß er an 20.000 Mark und keinen Pfennig weniger gedacht habe. Das Geld flöse nicht etwa in Privathände, sondern würde zur Pressepropaganda im Sinn des Reichwehrministeriums verwendet werden, daher auch die Anwesenheit der »Kreuz-Zeitung«. Der Vertreter von Draeger zahlte auf der Stelle in Gestalt eines Schecks von 20.000 Mark. Wulkow quittierte schriftlich mit den Worten: »Zum Zweck der Propaganda für die Draeger-Werke Lübeck.« Diese 20.000 Mark sind in den Händen von Johst und Wulkow geblieben.

2. Reichswehr-Subventionen

Im Frühjahr 1933 hatte die Reichskanzlei der »Berliner Börsen-Zeitung«, als dem Organ der Reichswehr eine Subvention von 100.000 Mark zugewendet. Herr Franz Seldte wollte ebenfalls eine Zuwendung für die »Kreuz-Zeitung« erhalten. Sein Ansuchen wurde auf folgende Weise vorbereitet:

Zu Pfingsten wurden an eine Reihe maßgeblicher Persönlichkeiten Präsentkörbe versandt, in die ein Schreiben eingelegt wurde, daß die »Kreuz-Zeitung« als besonders nationales Organ es sich zur Aufgabe setze, vornehmlich den Interessen der Reichswehr zu dienen, und daß sie sich die Ehre gebe, hiervon in geeigneter Weise Kenntnis zu geben. Die Bestellung der Präsentkörbe wurde der Frau des Majors Schäfer übertragen. Sie bestellte sie in der Weinhandlung von Adlon und berechnete Herrn Seldte pro Stück 270 Mark. Die Körbe wurden durch die Hausangestellte des Majors Schäfer den einzelnen Persönlichkeiten in die Wohnung gebracht. Empfänger dieser Präsentkörbe waren: Oberst von Reichenau, Major Foertsch, Major a. D. Hans von Sodenstern, Generalleutnant a. D. von Metzsch, Generalleutnant a. D. Altmack, Admiral Raeder,

Staatssekretär Meißner, Staatssekretär und Generalleutnant Milch, damals Direktor der Luftthase, Oberleutnant a. D. Garcke (ein bekannter Militärschriftsteller) und noch einige andere. Der Generalleutnant von Metzsch war der einzige, der die Annahme des Korbes verweigerte.

Nach dieser Vorbereitung machten Johst und Schäfer ihre Mittelsleute mobil. Sie beriefen sich auf die Referenzen maßgebender Persönlichkeiten für die »Kreuz-Zeitung«. Der Erfolg war, daß die »Kreuz-Zeitung« 40.000 Mark von der Reichskanzlei erhielt. Das Geld wurde in Gestalt eines Schecks auf die Reichsbank ausgezahlt. Von diesem Betrag zahlte Seldte hohe Provisionen an die Schiebergruppe.

Es erhielten: Major Schäfer 2000 Mark, Major Wulkow 1000 Mark, Major Foertsch 1000 Mark, Hauptmann Johst 1000 Mark, Hans von Sodenstern 1000 Mark, Frau Major Schäfer 500 Mark. Späterhin verlangte Schäfer nachträglich noch einmal 2000 Mark angeblich für Herrn von Reichenau. Er erhielt sie.

Späterhin erhielt die »Kreuz-Zeitung« noch einmal eine Subvention, diesmal aus Reichswehrmitteln. Major Foertsch bewilligte aus dem Pressefonds der Reichswehr 15.000 Mark. Diese 15.000 Mark hatten ein merkwürdiges Schicksal. Die »Kreuz-Zeitung« quittierte darüber, erhielt aber den Betrag nicht. Er blieb in den Händen des Majors Foertsch. Als Major Foertsch über die Verwendung des Betrages gefragt wurde, gab er an, daß an diesem Betrag die Herren Johst, Schäfer, Garcke und Wahle beteiligt worden seien. Hauptmann Wahle war der Leiter der Abwehr-Abteilung im Reichwehrministerium.

3. Bank und Bier

Major Foertsch bemühte sich um weitere Subventionen für die »Kreuz-Zeitung« — da-

mit zugleich auch um Provisionen für sich selbst. Er gab dem Major Wulkow eine Empfehlung an die Preußische Staatsbank. (Seehandlung.) Der Erfolg war, daß Beziehungen zwischen der »Kreuz-Zeitung« und der Seehandlung hergestellt wurden, die »Kreuz-Zeitung« erhielt direkt 5000 Mark für Propagandazwecke von der Seehandlung. Von diesen 5000 Mark zahlte die »Kreuz-Zeitung« an Major Foertsch 1000 Mark, an Schäfer 300 Mark für Vermittlung.

Dies Geschäft ging im Juni 1933 vor sich.

Foertsch hatte besondere Beziehungen zur Brauerei Schultheiß-Patzenhofer, die Lieferant der Reichswehr war. Er empfahl der Direktion von Schultheiß-Patzenhofer die »Kreuz-Zeitung«. Die Zeitung erhielt darauf einen namhaften Auftrag für Inserate und Schleich-Reklame, sowie 10.000 Mark in bar. Auf Grund dieses Geschäftes zahlte die »Kreuz-Zeitung« an Foertsch einmal 10.000 Mark, später noch einmal 10.000 Mark, über die Foertsch quittierte: »Zu treuen Händen auszuzahlen an Herrn von Reichenau.« Einen Teil dieser Gelder gab Foertsch an Leute im Heeresverpflegsamt weiter.

Schon diese wenigen Fälle lassen erkennen, daß die »nationale« Zeitung des Herrn Reichsarbeitsministers Seldte nichts anderes war als ein Instrument zur Bereicherung einer Bande von Aufrüstungshyänen. Wir werden fortfahren, das Treiben dieser Bande zu beleuchten. Es gibt vor allem auf dem Gebiete der Luftrüstung wohl keine große Firma, die nicht von ihnen gebrandschatzt worden ist. Hier auf dem Gebiete der Luftrüstung stieß die Bande, die sich um das Blatt des Herrn Reichsarbeitsministers Seldte gruppierte, mit den Großkorruptionisten des Kreises um Göring und Milch und mit Göring selbst zusammen, den seine Stellung als Luftfahrtminister und der Mangel jeder Etatskontrolle in die Lage versetzte, in viel größerem Stile vorzugehen als die kleinen Haifische um die »Kreuz-Zeitung«.

Deutsche Streiflichter Freiheit, Freiheit

über alles

Aus Luxemburg wird gemeldet, daß dort auf Vorstelligwerden des deutschen Gesandten Anklage erhoben worden ist gegen den Direktor des sozialdemokratischen »Eoher Tageblatt«, Genossen Clement. Seine Zeitung hat vor langen Monaten aus einem amerikanischen Blatte einen Aufsatz übernommen, der Herrn Hitler Kameradenmord, abgrundtiefe Heuchelei und Betrug vorwirft. Insofern nämlich, daß ihm längst bekannt gewesen sei, wer Röhm und andere Opfer des 30. Juni waren. Es bleibt abzuwarten, ob das Luxemburger Gericht eine dann allerdings umfangreiche Beweisaufnahme über den 30. Juni zuläßt oder von vorneherein dahin entscheidet, daß ein ausländisches Gericht nicht dazu da ist, die ominösen Flecken des 30. Juni von der Uniform des Herrn Hitler abzuwaschen.

Aus Berlin kommt die amtliche Meldung, daß die deutsche Gesandtschaft in Stockholm bei dem dortigen Außenminister Verwahrung eingelegt hat, weil der »Sozialdemokrat«, also ein der Regierungspartei nahestehendes Organ »kränkende Ausführungen gegen die Person des Führers und Reichskanzlers gebracht habe.«

Wenn endlich macht eine ausländische Regierung oder ein ausländisches Gericht diesen Anklägern und Beschwerdeführern klar, was mit der »Person« des deutschen Staatsoberhauptes im Vergleich zu allen anderen Staatsoberhäuptern, die sich würdig zurückhalten, los ist. »Die Person« des Führers und Reichskanzlers ist nicht nur Inhaber dieser hohen Staatsämter, sie ist außerdem verantwortlicher Chef der gesamten nationalsozialistischen Bewegung einschließlich der Radbanden und Totschlägergarden SA und SS. Diese »Person« trägt die Verantwortung für die gesamte nationalsozialistische Presse, wenn wir von den geschäftlichen Interessen ganz absehen. In diesen Zeitungen wird täglich alles Sozialdemokratische beschimpft und verleumdeter und die Internationale, der auch die schwedischen Minister angehören, wird als eine Gesellschaft von Verbrechern und Gaunern bezeichnet. Diese »Person« ist Verfasser und Nutznießer eines Buches »Mein Kampf«, das auf vielen Seiten Beleidigungen über die Sozialdemokratie ergießt. Die »Person« des deutschen Staatsoberhauptes hat soeben noch vor den »Alten Kämpfern« in München (am 9. November) von politischen Gegnern, diesmal bayrischen Volksparteilern, als »gewissenlose Halunken« gesprochen. Das ist die Tonart, die Herr Hitler stets anzuschlagen pflegt, wenn er seinem Aerger über die vielen Arten »Mardern« Luft macht. Mit seinem Wissen und seiner Duldung wurden und werden Sozialdemokraten widerrechtlich eingekerkert, gefoltert, beraubt, getötet, geächtet. Und dieselbe »Person« läßt dann im Auslande Beschwerden und Klagen erheben, wenn Sozialdemokraten gegen die antisozialdemokratischen Exzesse des Hitlerregimes mit geistigen Waffen sich zur Wehr setzen.

Wird die schwedische Regierung dem deutschen Beschwerdeführer klarmachen, daß die Göbbelische Zensur an den Reichsgrenzen ein Ende hat? Und wird sie in der höflichsten Diplomatenprache dem deutschen Gesandten nahelegen, Herr Hitler möge, um die ausländische Kritik zu mildern, wenigstens ein Mindestmaß von politischer Geftigung in seinen politischen Äußerungen beachten?

Hoffnungslosigkeit an der Saar

Neun Monate gehört die Saar nun wieder zur vollen Souveränität des Reichs. Merkwürdigerweise hat der »Führer« und Reichskanzler, der doch so gerne sich vom Volksjubiläum umbrausen läßt, bisher keine Zeit gefunden, seinen feierlichen Einzug in das »befreite« Saargebiet zu halten. Das hat er aber bestimmt versprochen, als er an jenem 1. März überraschend für ein paar Stunden in Saarbrücken landete. Merkwürdig ist auch, daß das Reichskommissariat für die Rückgliederung nicht aufgelöst wird, wie es sein Chef Herr Bürckel für Oktober angekündigt hat, und sehr bezeichnend ist, daß der Reichswirtschaftsdiktator bisher trotz aller Einladungen der Versuchung widerstanden hat, sich die Schönheiten des Saargebietes zu ansehen. Auf ihn richteten sich nämlich die Augen der halbbankrotten Saarwirtschaft, denn es ist alles eingetroffen, was die Gegner der sofortigen Rückgliederung wirtschaftlich vorausgesagt haben. Der Kohlenbergbau als stärkster Beschäftigungsfaktor sucht vergeblich im Deutschen Reich nach ausreichenden Absatzmärkten. Die Saarkohle ist an Qualität und Preis in West- und Süddeutschland nicht konkurrenzfähig und der französische Markt ist ihr nun zum größten Teil verschlossen. Auch der Fertigungsindustrie und dem

Brasilien und das „neudeutsche Recht“

Eine moralische Ohrfeige für das System

zr. Rio de Janeiro, Mitte Oktober. Auf dem Internationalen Strafrechtkongreß in Berlin gehörte bekanntlich der brasilianische Delegierte zu den internationalen Juristen, die sich mit besonderer Energie gegen die Terrorisierungsmanöver der Nationalsozialisten und die nationalsozialistischen »Rechts«grundsätze zur Wehr setzten. In Brasilien selbst hat man zu dem Kongreß erst Stellung zu nehmen begonnen, nachdem die brasilianischen Delegierten, wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, ausführlich Bericht erstattet haben. Die wichtigste Meinungsäußerung darüber ist die in dem »Estado de S. Paulo«, der einer bedeutendsten und weitverbreitetsten Zeitungen Südamerikas ist. Die Zeitung gehört dem Gouverneur des Staates Sao Paulo und ist das Organ der Konstitutionalistischen Partei, die den brasilianischen Justizminister stellt. Sie spiegelt also die Meinung der maßgebenden Kreise Brasiliens wieder, wenn sie erklärt, die nationalsozialistische Doktrin von der Funktion des Strafrechts sei »rück-schrittlich und barbarisch«, würde sie sagen, würden wir in »die übelsten Perioden des Mittelalters zurückkehren«. Mit Zustimmung zitiert der »Estado de S. Paulo« eine Äußerung, daß das nationalsozialistische Strafrecht eine »pure Barbarei« sei, und meint weiter, es sei bezeichnend für die Situation auf dem Kongreß gewesen, daß keiner der deutschen

Handel fehlen die luxemburgischen und elsäß-lothringischen Absatzgebiete, von denen sie nun durch hohe Zollschranken abgeriegelt sind.

Eine einzige Tatsache genügt, um den Verrat zu kennzeichnen, der an den Saararbeitern verübt worden ist, die glaubten, für die sofortige Rückgliederung stimmen zu müssen. Nach einem Bericht der »Frankfurter Zeitung« aus Saarbrücken vom 8. November sind nicht einmal die 600 Bergarbeiter bisher wieder eingestellt, die angeblich aus politischen Gründen von der französischen Grubenverwaltung »gemäßregelt« worden waren. Sogar nationale Märtyrer müssen also noch als Erwerbslose herumlaufen. Daraus läßt sich ermaßen, wie es mit der Saarwirtschaft steht.

Nicht einmal das!

Offenbar wissen die lokalen Bonzen der NSDAP nicht mehr recht, wie sie sich der »Kritik von unten« erwehren sollen. Der Gauleiter von Oberbayern erklärte in einer Kundgebung, man wolle in Versammlungen Anfragen und Wechselreden wieder einführen, damit jeder Volksgenosse Gelegenheit habe, in Zweifelsfällen von berufener Seite Auskunft zu erlangen. Die »Kritik von unten« solle nicht unterbunden werden.

Daß bei diesen Kritiken das richtige Maß nicht überschritten werden dürfe, sei selbstverständlich. Und wie selbstverständlich! Hört doch natürlich die Gestapo immer mit.

Anderer Meinung als der bedrängte Oberbayer ist der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Berlin-Brandenburg. Ihn bedrückt schon die Frage, ob bei den Sitzungen der Vertrauensräte überhaupt Protokolle geführt werden sollen. Er bejaht das immerhin, aber er verbietet »unter allen Umständen«, daß die Protokolle in den nächsten Sitzungen verlesen werden und Anlaß zu Diskussionen bieten. Es komme vor, daß durch »geschickte« Abfassung Meinungsverschiedenheiten über den sachlichen Inhalt oder eine im Protokoll zum Ausdruck kommende etwaige Tendenz heraufbeschworen werden. — Mithin: die Diskussionen in den Vertrauensräten scheinen oft so zu verlaufen, daß man es nicht gerne protokolliarisch festlegt, und es scheint, daß mancher kritischerer Pg. im Protokoll seine eigenen Ausführungen nicht mehr wieder erkennt. Im Grunde hat aber der Treuhänder ganz Recht: wenn die Hitlerdiktatur irgendwo ein Ventil für die Kritik öffnen würde, müßte sich sehr bald ein gewaltiges Getöse über ganz Deutschland erheben. Deshalb läßt man alle Ventile festgeschloßen. Auch auf die Gefahr einer später drohenden furchtbaren Explosion. Darum wird sich zeigen, daß der Berliner Treuhänder Recht bekommt und nicht der Bajuware.

Steuern vom letzten Pfennig

Die Nr. 41 der »Deutschen Steuerzeitung« vorweist darauf, daß bei Zuwendungen für Veranstaltungen nationalsozialistischen Gepräges Unklarheit besteht, wie sie unter dem Gesichtspunkt der Lohnsteuerpflicht zu behandeln sind. Es wird der Irrtum zurückgewiesen, daß Zuschüsse zur Anschaf-

Delegierten »ohne Risiko« hätte gegen die offiziellen nationalsozialistischen Thesen stimmen können.

Das Blatt des Paulistaner Gouverneurs versichert, daß man mit den nationalsozialistischen Anschauungen »in Wahrheit den Weg der Zivilisation und der Moral verläßt«. Die nationalsozialistische Auffassung vom Strafvollzug führe dazu, daß die Gefängnisse »Zentren brutaler Torturen ohne den geringsten moralischen Zweck« würden. Es sei dann schon besser, das bisherige Gefängniswesen zu liquidieren, beziehungsweise in Konzentrationslager zu verwandeln, wo die Gefangenen Tag und Nacht mit Strafen belegt würden, die die schlimmsten Vorstellungen in Schatten stellten. Es sei dann viel ehrlicher und konsequenter, gleich alle Gefangenen offen zu peitschen und dann grausam ins Jenseits zu befördern, als daß man von nationalsozialistischer Seite Zeit damit verliere, ihr System mit »philosophischen Argumenten« zu untermauern. Es sei eben ganz folgerichtig, meint die große südamerikanische Zeitung, daß die Nationalsozialisten, die Gott durch ein göttliches Wesen »made in Germany« zu ersetzen suchen, auch alle Regungen des Herzens und der Menschlichkeit vernichten wollten. Die barbarischen Grundsätze des neuen deutschen Strafrechts gehörten darum auch zu dem allgemeinen Kampf gegen den christlichen Glauben. Man müßte sie

als unmenschlich und blutrünstig ablehnen. Nur wer die Zurückhaltung der stets höflichen südamerikanischen Zeitungen gegenüber ausländischen Ereignissen kennt, wird die Schärfe der Verurteilung der nationalsozialistischen »Rechts«grundsätze durch den »Estado de S. Paulo« erst richtig werten können! Den Nationalsozialisten wird es kaum möglich sein, die überragende Bedeutung dieser Zeitung zu bestreiten: sie bemühten sich nämlich monatlang, einen Repräsentanten dieser Zeitung zu einer Deutschlandreise zu bewegen. Das Offert lautete: freie Zeppeinfahrt, freier Aufenthalt im Hotel Adlon von unbegrenzter Dauer. Als sie nach vielen Anstrengungen die Zusage des Redaktionssekretärs erhielten, waren sie darüber überglücklich und gaben zu seinen Ehren ein großes Bankett in Sao Paulo. Sie waren dann mehr als verdattert, als der Repräsentant des »Estado de S. Paulo« zwar die Naturschönheiten der Reise ausführlich beschrieb, aber kein Wort über seinen deutschen Aufenthalt veröffentlichte, weil man ihn in Deutschland keinen Schritt ohne offizielle Führer gehen ließ. . . Wie gründlich aber das Werben um die Gunst der großen Paulistaner Zeitung scheiterte, wie vollkommen auch manche Korruptionversuche endeten, erkennt man an den von uns zitierten Artikel, der in der gesamten südamerikanischen Juristenwelt spontane Zustimmung gefunden hat.

Mehr Polizei, weniger Volksschullehrer

Einer der Hauptkläger der nationalsozialistischen Opposition war die angeblich überbelegte Verwaltung. Es hieß 300.000 rote Bonzen lebten aus öffentlichen Mitteln. Millionen politische Kindsköpfe im Reich glaubten es. Nun sind die roten Bonzen alle auf Pfaster gesetzt, und wie präsentiert sich jetzt der Personalbestand bei den öffentlichen Verwaltungen? Er ist im ersten Jahre der Hitlerregierung von 489.000 auf 508.000 gestiegen. Bezeichnend ist dabei, daß zwar die Beamtenszahl um 8000 sank, dafür aber die Angestelltenzahl sich um 19.000 erhöhte. Man hat also Berufsbeamte, die man besonders zu schützen vorgab wegen unpassender Gesinnung oder Rasse entlassen und dafür zehntausende Nazis als Angestellte versorgt. Wie gesagt, zeigen die Zahlen nur das Ergebnis des Jahres 1933/34. Im Jahre 1935 hat sich der Hinauswurf von Beamten zugunsten nationalsozialistischer Anwärter noch gesteigert. Daß die politische Polizei, die öffentliche und geheime, an dem Zuwachs stark beteiligt ist, wird niemanden wundern. Indes hat ein Zweig der Beamtenschaft abgenommen, und zwar sind es die Volksschullehrer. Ihre Zahl ging im ersten Hitlerjahre von 103.930 auf 103.406 zurück.

Es gibt kein Gebiet, auf dem nicht Hitler das Gegenteil von dem täte, was er versprochen hat — die Aufrüstung, den Rassenhaß und die Sozialistenverfolgung ausgenommen. Hannes Wink.

Was ist Ehre?

Zwischen dem Gauleiter Wagner in Baden und dem Landesführer des damaligen Stahlhelms Dr. Wenzl tobte ein erbitterter persönlicher Kampf. Wagner hat den Wenzl in Schutzhaft nehmen lassen, Wenzl hat daraufhin seine Beziehungen mobilisiert. Ueber den gegenwärtigen Stand des Krachs unterrichtet die folgende Verlautbarung im »Führer« (Karlsruhe):

»Anlässlich der Selbstauflösung des »Stahlhelms« hat der ehemalige Landesver-

band des »Stahlhelms« eine sogenannte Landesführerbotschaft erlassen und u. a. folgendes behauptet: Hiermit gebe ich bekannt, daß am Freitag, dem 8. November 1935, das von unserem Landesführer selbst beantragte Ehrengeschutzverfahren nach genauester Untersuchung und Prüfung zum Abschluß gekommen ist. Unter persönlichem Vorsitz eines unserer größten Heerführer hat das aus drei Generalen der alten Armee und drei Landesführern bestehende Ehrengericht seinen Spruch gefällt. Der Spruch bestätigt die völlige Schuldlosigkeit und unbedingte Ehrenhaftigkeit unseres Landesführers, an welcher niemand in unserem L-V gezwweifelt hat.

Hierzu ist folgendes festzustellen: Das polizeiliche Verfahren hat die Schuld Dr. Wenzls unzweifelhaft ergeben, so daß die seinerzeit gegen ihn durchgeführten polizeilichen Maßnahmen voll gerechtfertigt waren. Angesichts dieser Tatsache verliert das innerhalb des ehemaligen »Stahlhelms« gegen Dr. Wenzl durchgeführte Ehrengeschutzverfahren jede Bedeutung. Der Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner.«

Welche Ehre gilt nun: die Polizeiehre oder die Generalehre, oder ist die eine so viel wert wie die andere?

Justiz im Irrenhaus

Ein nationalsozialistischer Lehrer in Lyck, Ostpreußen, mißhandelte einen Jungen. Die Mutter des Kindes begab sich anderen Tags während des Unterrichts ins Klassenzimmer und stellte den Lehrer in heftigen Worten zur Rede. Darauf erhob die Regierung Straf-anzeige — und die Frau wurde vom Schöffengericht Lyck zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Begründung: sie habe die Autorität des Lehrers geschmälert.

Ein 29-jähriger Jude in Berlin sprach auf der Straße eine arische Frau und deren Haustochter an. Da er angeblich mehrfach versuchte, sie zu belästigen, wurde er vom Berliner Amtsgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er habe »durch seine schamlosen Aufforderungen die Frau in die Reihe der chvergessenen Mädchen einbezogen und dadurch ein kränkendes Werturteil gefällt.« Nur seiner bisherigen Unbestraftheit und seiner sonstigen Führung habe er es zu danken, daß er so milde davonkäme.

In Pirmasens drangen drei junge Arier in den Stall eines jüdischen Viehhändlers und eigneten sich eine Kuh an. Sie führten das Tier in ihr eigenes Anwesen — angeblich, um es als »Pfand« zu behalten, und gaben an, der Jude habe sie bei einem früheren Kauf nicht wunschgemäß beliefert und sich nach mehrfachem Umtausch gewögert, eine Entschädigung zu zahlen. Die Gendarmerie habe die Kuh allerdings am selben Abend wieder abgeholt. — Die Angeklagten, die heimlich, unter Aufbrechung mehrerer Schlösser, in ein fremdes Grundstück gedrungen waren und sich dort Beute geholt hatten, wurden freigesprochen.

In allen drei Fällen gingen die Richter straflos aus.

Drei Möglichkeiten der wirtschaftlichen Mobilmachung

Der Weg der Schwerindustrie wird gegangen

Es gibt keineswegs nur einen Weg der Aufrüstung, nämlich jenen, den das heutige Deutschland eingeschlagen hat; Justus Schmitt, ein junger Nationalökonom aus Berlin hat soeben einen Teil aus seiner demnächst erscheinenden Studie über die »Wirtschaftliche Mobilmachung« veröffentlicht und darin drei Möglichkeiten der wirtschaftlichen Mobilmachung aufgezeigt. Die erste ist die Vorratswirtschaft, die zweite die Kriegswirtschaft, die dritte die Typisierung in der Industrie.

Die Vorratswirtschaft hält er in Hinblick auf die Erfahrungen des Krieges für vollkommen überholt. An diesem Prinzip halten ja in der Tat nicht mal mehr mittelständig organisierte Staaten fest, nur unentwickelte Länder müssen ihre Rüstung auf diesen überholten Grundsätzen basieren, weil kein Staat anders rüsten kann als er wirtschaftet. »Problematischer«, so sagt Schmitt, »ist die Frage der Rüstungsindustrie oder wie man heute mit größerem Recht sagen kann: der Kriegsindustrie.« Dieser Typus der Mobilmachung steht zwischen dem der Vorratswirtschaft und jenem der Typisierung. Das Prinzip dieses Weges der Aufrüstung ist die Unterordnung der Friedenswirtschaftsbedürfnisse unter die Bedürfnisse des Krieges.

»Diese Umstellung verlangt eine sorgfältige Vorbereitung durch den Staat, weil man nicht erwarten kann, daß die Privatwirtschaft von sich aus das Erforderliche unternimmt.«

Vor allem kann die Rüstungsindustrie nicht allein durch die Aufträge im Frieden auf dem Stand erhalten werden, den der gesteigerte Bedarf im Kriege erzwingt, stellt Schmitt fest. Und dies führt daher

»zwangsläufig zu einer Begünstigung der Ausfuhr von Waffen und zum internationalen Rüstungsgeschäft mit all seinen völkerrechtlichen und sonstigen Schwierigkeiten. Im übrigen versucht man die kriegswichtigen Industrien durch einen besonderen Zollschutz lebenskräftig zu erhalten.

Das ist genau der Weg der Schwerindustrie und des heutigen Deutschlands. In der Tat ist die Ausfuhr deutscher Waffen rapid angewachsen, und ebenso wird das Eisen zollgeschützt, worunter schwerstens die Exportindustrie leidet. Die Industrie in ihrer Gesamtheit kann sich diesem Weg freiwillig nicht unterordnen, weil sie in Deutschland entscheidend Exportindustrie ist und nicht der Krieg, sondern der Friede die Regel ist. Letzten Endes würde das bedeuten, daß nur noch die engere Rüstungsindustrie lebensfähig bleibe, davon aber kann Deutschland nur sterben, jedoch nicht leben. Wenn andere Industrien nicht schaffen, was der Schwerindustrie zugeschoben werden muß, dann kann auch sie nicht bestehen.

Darüber hat Schmitt nachgedacht. Auch von Militärs ist das zu sagen. Seeckt lehnt z. B. die Kriegsindustrie ab, er bezeichnet sie als ein Uebel. Amerika ist ihm Vorbild. »Dort erfüllen die Unternehmer durchaus die ihnen rüstungspolitisch auferlegten Verpflichtungen.« Natürlich ist hier und da auch staatliche Subvention notwendig, aber Kriegsindustrie im Sinne der Schwerindustrie kann für ein Land wie Deutschland ebenso wenig das Ideal sein wie es in England und Amerika der Fall ist. Die Nazis verspotten solche Auffassungen als »Zivilistenideale«, aber die Alldeutschen haben den »westlichen Demokraten« auch vor dem Kriege den kämpferischen Geist abgesprochen — dennoch haben sie gesiegt. Offenbar sind dazu heutzutage mehr Zivilisten tugen den notwendig als es jemals der Fall war. Auch Schmitt verweist auf den Weg Amerikas. Das sei zeltgemäße Rüstungspolitik. Man muß normen und typisieren, die Potenz der Industrie durch allgemeinen Export steigern und dadurch zugleich die für einen modernen Krieg notwendigen Finanzen schaffen, das Lebensniveau der Massen heben — das selbst ein militärischer Faktor ist, hat doch Seeckt schon 1929 geschrieben, das Lebensniveau muß gehalten werden, sinkt es, so treten militärische Gefahren ein! — usw. Auf diese Weise kommt Schmitt ebenso wie Seeckt und andere zur Propagierung des Amerikanismus, Typisierung, Rationalisierung usw. Die Richtung der Typisierung lehnt also Vorratswirtschaft und Kriegswirtschaft ab, es kommt lediglich darauf an, den jeweils brauchbarsten Typ der Waffe zu entwickeln und die Umbaupläne ständig zu überprüfen usw.

Diese Art der Rüstung ist in all den Ländern vorherrschend, wo das Prinzip kleiner und sehr beweglicher Heere als das modern-

ste gilt. »Je kleiner eine Armee ist, um so leichter ist sie zu bewaffnen, während die dauernde Bereithaltung moderner Bewaffnung für Millionenheere eine Unmöglichkeit ist«, sagt Seeckt. Es springt also sofort in die Augen, daß dieser Typus der Mobilmachung nicht im Interesse der Schwerindustrie liegt, die in der gegenwärtigen Krise nicht zum ersten Mal den Versuch macht, durch Rüstungsaufträge das Sinken der Profite, der Aktienwerte usw. zu verhindern. Um 1900 sehen wir ganz die gleichen Tendenzen. Als die glänzende langanhaltende Konjunktur 1899 in eine Krise ausmündete, stand die deutsche Eisenindustrie mit einem riesig ausgeweiteten Produktionsapparat da. Die Preise waren sehr hoch, die Werke konnten kaum ihre Lieferungsverpflichtungen erfüllen, so stark war die Nachfrage. Und nun die Krise. Damals schrieb Fürst Salm-Horstmar auf Veranlassung der Schwerindustrie an Tirpitz, er möge den Bau von Panzerschiffen beschleunigen, da sonst die Aktienwerte zu sehr fallen würden usw. Die verarbeitende Industrie aber klagte, »daß ihnen jede lohnende Produktion durch die hohen Rohisen- und Kohlenpreise unmöglich gemacht werde« (Schmollers Jahrbuch 1902 »Krisen und Kartelle« von Robert Liefmann). Die Schwerindustrie hat eben immer zwei Eisen im Feuer. In der Konjunktur beutet sie die Fertigwarenproduzenten aus, in der Krise diese und die Konsumenten obendrein. Denn dann wird »das Vaterland stark gemacht, in Wirklichkeit soll die Krise durch die Rüstung überbrückt werden. Und eben darum sind die Herren heute gegen einen Weg der Aufrüstung, der ihnen dieses

Geschäft versauen müßte. Und darum gefällt ihnen die Wehrpflicht auch besser als das Prinzip des kleinen Heeres, das eben zugleich auch ein kleineres Geschäft ist, so lange der Krieg noch nicht da.

Die Nazis gehen den Weg der Typisierung schon allein darum nicht, weil ihre Aufgabe ja darin besteht, den Amerikanismus zu vernichten. Für die Bettleisten und Krämer aller Art ist die Typisierung — die ja zugleich Rationalisierung darstellt — proletarisierung. Und so rüstet man in Deutschland wie die Väter rüsteten und wenn die heutige Pfundnerwirtschaft überwunden sein wird, dann kann wieder ein Mann — wie Reichsfinanzminister Schiffer 1919 in der Weimarer Nationalversammlung — auftreten und das »Hindenburgprogramm« des Dritten Reichs in Grund und Boden verdonnern. Vorläufig steht darauf noch die Strafe für Vaterlandsverrat, obwohl es doch nur Verrat der Geheimnisse schwerindustrieller Sonderkonjunktur ist, wenn man diese Zusammenhänge aufdeckt. Man könnte ja froh darüber sein, daß so vieles an der Aufrüstung militärisch sinnlos ist, wenn die heutigen Herren daraus folgern würden, der militärische Unsinn ist gut für den Profit, aber Krieg führen dürfen wir nicht. Doch so vernünftig denkt man im Dritten Reich nicht. Die deutsche Flotte der Vorkriegszeit war ja auch ein großer Unsinn, aber eine Kriegsurache war sie auch, und der kaiserliche Militarismus hat sich nicht in seiner Kriegspolitik stören lassen, weil er sich seiner Unfähigkeit ebenso wenig bewußt geworden war wie heute der Nationalsozialismus.

Professor Wagemann — ein Clausewitz der Wirtschaft

Verglichen mit dem Rückgrat eines deutschen bearbeiteten Professors ist der Leib einer Schlange eine Säule aus Erz. Dafür gibt es keinen vollgültigeren Zeugen als den Prof. Dr. Ernst Wagemann, Direktor des Instituts für Konjunkturforschung. In der letzten Ausgabe seiner Vierteljahrshefte bläst er zu dem Stechschritt der nationalsozialistischen Zwangs- und Kriegswirtschaft den dazu gehörigen Parademarsch. In einem Aufsatz »Die Strategie der Krisenbekämpfung« wird das Ding, wie schon der Titel sagt, stramm militärisch angepackt. Was bisher auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik gefehlt hat, ist seiner Meinung nach eine Parallele zu dem Grundsatz der militärischen Strategie. Diese Lücke wird nun von Prof. Wagemann ausgefüllt. Was dabei herauskommt, ist allerdings nicht gerade erstaunlich neu. Wenn er schreibt: »Indem ich diese Betrachtungen niederschreibe, habe ich den Eindruck, Selbstverständlichkeiten zu sagen«, so kann man nur begeistert zustimmen. Die Strategie des Herrn Wagemann, der sich als Wirtschaftspolitiker Clausewitz aufspielt, läuft auf die Trivialität hinaus, daß die Wirkung der gleichen Maßnahmen unter verschiedenen Umständen verschieden zu sein pflegt.

Selbstverständlich weiß Herr Wagemann, daß seine Theorie von der Strategie der Krisenbekämpfung eitel Humbug ist. Worauf es ihm anzukommen scheint, ist, vergessen zu machen, daß er hin und wieder in seinen wirtschaftlichen Prognosen kritisches Salz eingestreut hat. Er will jetzt beweisen, daß die nationalsozialistische Wirtschaftsstrategie die beste aller möglichen ist. Sie ist die einzige, bei der »ein genügender Einsatz zur richtigen Zeit auf dem entscheidenden Punkte« stattfindet, was weder vor Ausbruch des Dritten Reiches noch dort, wohin seine Segnungen nicht gelangen können, jemals der Fall gewesen ist. So fühlt sich Prof. Wagemann berufen, zu erweisen, daß allein in der Wirtschaftspolitik Hitlers die »Regel der Lebensweisheit« zur Geltung kommt. Nur hier stehen »die wirtschaftspolitischen Maßnahmen miteinander im Einklang«, während sonst »gerade gegen dieses Prinzip verstoßen« worden ist. Als Beispiel für die unheilvollen Folgen solchen Verstoßes wird die Kriegswirtschaft angeführt. Ueber sie sagt Wagemann das Folgende:

»Um die menschliche Ernährung nicht zu sehr verteuern zu lassen, setzte man Höchstpreise für Brotgetreide und Kartoffeln fest mit dem Ergebnis, daß diese Erzeugnisse in die Futtertröge wanderten und dem menschlichen Konsum vollends entzogen wurden. Derartige Erfahrungen führten schließlich zur öffentlichen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeug-

nisse. Die Bemühungen auf diesem Gebiete wurden aber durch industriewirtschaftliche Maßnahmen durchkreuzt, namentlich durch das Kriegswirtschaftsprogramm vom Jahre 1917, durch das das Lohnniveau so gehoben und die Unternehmereinnahmen so gesteigert wurden, daß damit dem Schleichhandel, dem Schwarzschlachten und anderen Gesetzesumgehungen, die das ernährungspolitische System völlig durchlöchernten, Tür und Tor geöffnet wurden.«

Darnach war also der Schleichhandel nur die Folge davon, daß mit den Preisen nicht auch die Löhne unter Druck gehalten worden sind! Das ist, nur etwas geleichter ausgedrückt, genau die »Lebensweisheit« des Propagandaministers, nach dem es in diesem Jahre kein Fett gibt, weil im vorigen Jahre allzu reichlich Fettleben gemacht worden ist.

Im Jahre 1931 erschien ein Buch unter dem Titel »Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft«. Darin heißt es:

»Wenn die Konjunkturschwankungen gegenwärtig weit heftiger sind als jemals zuvor, so ist dies vielleicht wesentlich mit auf die Eigenart der gebundenen Ertragswirtschaft zurückzuführen.«

Als Beweis dafür, daß Monopolpreise und politische Preise krisenverlängernd wirken, wird auch vom Verfasser dieses Buches die deutsche Kriegswirtschaft herangezogen. Er schreibt:

»Besonders deutlich wurde während der deutschen Kriegswirtschaft, daß der Versuch, die Preise auf einzelnen Gebieten zu binden, um so schärfere Preissteigerungen der freien Produkte herbeiführten. Als die Zwangswirtschaft den ganzen Umkreis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erfaßte, stiegen die Lebensmittelpreise des Schleichhandels in ungeheurer Höhe.«

Der eine Autor führt den Schleichhandel darauf zurück, daß die Zwangswirtschaft damals nicht weit genug, der andere, daß sie zu weit gegangen ist. Der eine sagt also das Gegenteil vom anderen, das Seltsame ist nur, daß der Autor von 1931 und der von 1935 den gleichen Namen Ernst Wagemann führen. Seit der eine Wagemann sein Buch geschrieben hat, ist in Deutschland eine Zwangswirtschaft aufgerichtet worden, mit der verglichen die Kriegswirtschaft eine freie Wirtschaft, geradezu liberalistisch genannt werden kann. Daher ist für Herrn Wagemann die »gebundene Ertragswirtschaft« aus einem Mittel der Verlängerung der Krise eine Waffe zur Bekämpfung der Krise geworden. Inzwischen hat die Zeit der neuen wirtschaftspolitischen Strategie nicht länger als ein Vierteljahr Zeit gelassen, sich zu bewähren. Seit ihrer Veröffentlichung hat sich herausgestellt, daß auch im Dritten Reich trotz

seiner Lebensweisheit Schleichhandel und Schwarzschlachten Einkehr gehalten haben und daß auch sein ernährungspolitisches System völlig durchlöchernt ist. Das Uebel besteht viel weniger im Schleichhandel als in der Teuerung, weniger in der Zwangswirtschaft als in dem Fehlen unentbehrlicher Lebensmittel. Beide sind Folgen, nicht Ursachen. Die Ursache ist, daß die Lebenshaltung der Massen damals der Fortführung des verflochtenen Krieges geopfert worden ist und daß sie jetzt der Vorbereitung des künftigen Krieges geopfert wird. Beide Theorien haben, so sehr sie einander widersprechen, den gleichen Zweck: Ueber den Symptomen des Wesen, über den Wirkungen die tiefere Ursache, über der Theorie der Kriegswirtschaft, das Elend des Krieges und der Kriegerrüstung vergessen zu machen.

Wagemanns strategische Theorie läuft eigentlich darauf hinaus, dem Buttermangel nicht dadurch abzuhelfen, daß man mehr Butter und dafür weniger Eisenerz einführt, sondern daß man die Leute zwingt, keine Butter mehr zu essen, damit mehr Eisenerz eingeführt werden kann. Das Ideal wirtschaftspolitischer Strategie wäre also dann erreicht, wenn überhaupt keine Löhne mehr gezahlt würden! Das Dritte Reich würde sich dieser Art der Kriegführung gegen das eigene Volk längst bedient haben, wenn man Kriege ganz ohne Menschen führen könnte und wenn man nicht auch Menschen brauchte, um sie ausplündern zu können. G. A. F.

Blitzlichter

Ein Arbeiter packt sein Frühstücksbrot aus. Es ist beinahe trocken. Nur ein bißchen Marmelade ist mit der Meeserschneide so sparsam daraufgekramt, daß sie in den Poren des Brotes verschwindet.

Der Arbeiter klappt die beiden Brotschnitten laut gegeneinander, sodaß man sehen kann, daß sie nicht aneinander zu haften vermögen, klappt sie noch einmal gegeneinander und ruft: »Heil Hitler!«

Alle verstehen, was er meint. Und alle lächen.

Ein Gespräch zwischen zwei Nachbarinnen von Fenster zu Fenster.

»Gibts heute Butter?«
»Nein!«
»Nein? Wieder nich? Da miß'm'r wieder bloß Marmelade essen? — Ham Se schon die Fahne rausgehängt?«
»Nein, noch nich!«
»Ich ooch noch nich! Aw'r ich häng'se gleich raus!«

Dieses Gespräch wurde geführt im Vorort einer sächsischen Stadt am Morgen des 9. November 1935, am Tage der Feier des Münchner Hitlerputsches.

Eine Frau aus Deutschland ist bei ihren Freunden in Prag zu Besuch. Während sie aber bei ihrem Besuche vor Jahresfrist gern vor den Auslagen der Kleider- und Modewarengeschäfte verweilt, bleibt sie diesmal immer wieder unwillkürlich vor den Fleischer- und Buttergeschäften stehen.

»Dieses viele Fleisch! Diese Menge Schinken! Und dieser Speck! ruft sie ein- und anderemal im höchsten Erstaunen über die Fülle. Ihre Prager Freunde, denen der Anblick rosig-strotzender Metzgerläden und gelber Buttermengen alltäglich und selbstverständlich ist, wollen weitergehen. Aber die Frau auf Besuch hält sie zurück und ruft: »Nein seht nur! Was es hier alles gibt. Diese viele Butter! Wenn das die Leute daheim sehen könnten...!«

Und als ihre Freunde die Frau nach einem gemeinsamen Kinobesuch fragen, wo sie nun zum Abschied gern noch hinföchte — in ein hübsches Café vielleicht? — sagt die Frau aufleuchtend: »Noch einmal in das Automatenbüffet, wo wir vorher waren — wo es so viel zu essen gab. Die Auswahl! Und alles so billig! Wenn man das bloß sieht...!«

Letztes Bundeslied

Im Kriegervereinshaus Berlin versammelten sich die Stahlhelm-Ortsgruppen von Wilmersdorf-Halensee und Charlottenburg-Ost zum »letzten Stahlhelmappell«. Der »Westen«, Berlin, berichtet:

»Unter den ergreifenden Klängen des Liedes »Ich hab mich ergeben« wurden auf Befehl die Stahlhelmfahnen in Ehren niedergeholt und eingerollt.
Ergeben — ja. In Ehren? Nein!

Das schwache Gedächtnis. Ein in Wilmersdorf wohnender deutscher Studienrat namens Müller hält, wie die Berliner Presse berichtet, gegenwärtig Kurse ab, die sich die Steigerung der Gedächtnisleistung zum Ziel setzen. Volkstümliche Kurse noch dazu. Der Mann ist ein Staatsfeind.

Aufruf an alle Deutsch-Amerikaner

In Nordamerika ist unter dem Namen »Deutsch-Amerikanischer Kulturverband« eine Dachorganisation aller nicht nationalsozialistischen deutschen Organisationen geschaffen worden, dem sich bis jetzt Verbände mit 60.000 Mitgliedern angeschlossen haben. Er tritt mit einem Aufruf an alle Deutsch-Amerikaner an die Öffentlichkeit, den der an der Gründung beteiligte Genosse Gerhart Seger verfaßt hat:

Deutsche Landsleute!

Im Laufe der letzten hundert Jahre haben Hunderttausende von Deutschen die Fahrt von der alten zur neuen Welt angetreten. Sie ließen die alte Heimat hinter sich, um diesseits des Atlantischen Ozeans eine neue zu finden; sie taten den entscheidenden Schritt, ein menschliches Leben zum zweiten Male zu beginnen.

Unter diesen Hunderttausenden deutschen Einwanderern nach Amerika hat der weitaus größere Teil die alte Heimat nicht leichten Herzens verlassen. Die Jahre der politischen Tyrannei nach 1848, die Jahre des Sozialistengesetzes unter Bismarck haben viele Deutsche aus dem Lande ihrer Geburt, ihrer Sprache, ihrer Arbeit und ihrer Kultur vertrieben. Diese Deutschen waren erfüllt von dem unbeugsamen Willen, ihrer Überzeugung treu zu bleiben, erfüllt von jener stolzen Entschlossenheit, die einst Martin Luther in die wenigen, aber von unerschütterlicher Festigkeit zeugenden Worte gefaßt hat: »Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen.« Diese Deutschen beugten sich nicht der charakterzerstörenden Reaktion, sie liebten die Freiheit über alles; sie zogen es vor, die drückend gewordene Luft der alten Heimat zu verlassen und in fremdem Lande, aber in freierer Luft neu zu beginnen.

Eine solche Vergangenheit, ein solches Beispiel unserer Vorfahren verpflichtet. Wie sich echte Freundschaft erst in der Not erweist, so bezeugt sich die Treue zur Gesinnung, die Anhänglichkeit an große Ideen am meisten dann, wenn sie vom Wirbel einer kritischen Zeit in Frage gestellt werden.

Keine Flucht aus der Verantwortung!

Wir leben in solch einer Gegenwart, wo alles aus den Fugen geraten scheint und alle Ueberlieferung, alle großen menschlichen Ideen in Frage gestellt werden. Einige Länder, und unter ihnen unsere Heimat, haben sich der Diktatur verschrieben. Millionen von Menschen haben unter dem Ansturm der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten unserer Zeit verzagt, selbst ihr Schicksal und das ihres Landes zu meistern. Sie haben die Flucht aus der eigenen Verantwortung angetreten, sie fürchten sich, Hand anzulegen, sie weigern sich, darüber nachzudenken, was geschehen soll. Millionen von Menschen haben sich selbst aufgegeben, haben sich willenlos einem »starken Manne« unterworfen, der für sie denken, für sie handeln, der für sie tun soll, was sie doch nur selbst tun können. Vergebens! Auf unserer Stufe der geschichtlichen Entwicklung wird kein Uebermensch entstehen, der das wirtschaftliche und politische Chaos der Gegenwart mit übernatürlichen Kräften leuchtet. Nur das vereinte Bemühen selbst denkender, verantwortlich fühlender, überlegt und entschlossen handelnder Menschen wird in geduldiger Arbeit Schwierigkeiten überwinden, die nichts anderes als die Frucht des ewigen menschlichen Ringens, des Widerspiels der geschichtlich gewordenen Kräfte der menschlichen Gesellschaft sind.

Flucht aus der eigenen Verantwortung ist immer feige. Preisgabe der eigenen Menschenrechte, Preisgabe der persönlichen und politischen Freiheit ist immer unwürdig. Auf die eigene Tat zu verzichten, willenlos alles treiben zu lassen, mit schlaffen Händen, gelähmten Sinnen, trägt Herzens am Rande des Schicksals zu stehen, darauf zu warten, daß ein anderer tut, was zu tun die eigene Pflicht gebietet sollte — das ist ein erbärmliches Verhalten. »Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erkämpfen muß«, mahnt uns Goethe.

Deshalb ist es die schwere, aber dankbare, die unabwiesbare Aufgabe aller Deutsch-Amerikaner, aufrechtzuerhalten, was im gegenwärtigen Deutschland verloren ging, zu verteidigen, was unter Hitler preisgegeben wurde.

Deutschland einst

Deutschland hat sich die Achtung der ganzen Welt erworben, als es mit unbeirrbarer Treue seinen Anteil zur menschlichen Aufwärtsentwicklung leistete. Der Forschungsdrang und die Klarheit abwägender Urteile einer freien deutschen Wissenschaft haben Menschen aus aller Herren Länder zu begeisterten Schülern deutscher Universitäten gemacht. Mit der stolzen Freude an kostbarem, innerlich erworbenen Besitz haben viele Bücherfreunde in allen Ländern die unvergänglichen Werke des freien deutschen Geisteslebens in ihre Bibliotheken gestellt.

Die Agrarwissenschaftler und -Praktiker kamen, um von dem Beispiel der preußischen republikanischen Regierung zu lernen, deren mutige Siedlungspolitik jede Woche ein neues Dorf schuf.

Deutschland heute

Nun ist das alles vorbei. Die Bewunderer der deutschen Wissenschaft im Auslande sehen mit Entsetzen, daß in Deutschland unterm Hakenkreuz Bücher verbrannt werden, daß eine einst freie Wissenschaft gezwungen ist, zu lehren, was eine Diktatur vorschreibt, daß die in jahrhundertlangem Ringen eroberte Freiheit der Lehre und der

statt dessen verschuldet ein mittelalterliches »Erbhofgesetz« ungezählte menschliche Tragödien in der deutschen Bauernschaft. Vorbei ist es mit dem Arbeitsrecht des deutschen Arbeiters, vorbei mit den Tarifverträgen, vorbei mit der Sozialpolitik. Was nie zuvor in Deutschland erlebt wurde, ist eingetreten: auf den Straßen sehen sich die Menschen ängstlich um, ob kein Spion zuhört; zahllose ausländische Gäste haben berichtet, daß ihre deutschen Freunde von früher in demütigender Furcht die Stimmen dämpften, im Hotel zur Türe gingen und nachschauten, ob auch kein Lauscher in der Nähe ist — weh ein moralischer Absturz eines freien, stolzen Volkes in die demoralisierende Niederung barbarischer Diktatur! Die Großzügigkeit des Starken, Minderheiten anständig zu behandeln, ist der brutalsten Verfolgung gewichen. Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt; alte Zuchthäuser, die die junge Republik außer Dienst setzen konnte, sind wieder in Betrieb. Mit fassungslosem Entsetzen vernahmen die Menschen anderer Länder die unwiderlegliche, tausendfältig bezeugte Kunde von den Schrecknissen der Konzentrationslager, von der mittelalterlichen Folterung unschuldiger Menschen mitten im zwanzigsten Jahrhundert, von der Geiselnhaft unschuldiger Frauen und Kinder — die Welt blickt, außerstande zu begreifen, auf ein Land, das sich mit Gewalt in die dunklen Zeiten überwinden geglaubter Vergangenheit zurückversetzt.

Nicht genug mit dem, was sie in Deutschland einem tief unglücklichen Volke zufügen, versuchen die Sendboten dieser Barbarei die Lehre des geistigen Rückschritts, der brutalen Gewalt gegen die eigenen Volksgenossen, die Lehre von der Unterdrückung jeder freien Meinung, die Lehre des Religionskrieges, der Geistliche wie vor Jahrhunderten in Gefängniskleider steckt und sie für ihren Glauben hinter Kerkermauern büßen läßt, auch hier in Amerika zu verbreiten. Organisationen verschiedenen Namens, aber eines Zielen versuchen das amerikanische Deutschtum mit nationalsozialistischer Parteipolitik zu vergiften, versuchen den Deutsch-Amerikanern, die den Eid auf eine freiheitliche Verfassung ihres Gastlandes geleistet haben, eine Schurkerlei ohnegleichen zuzumuten; nämlich meinelidig zu werden.

Die Tradition der Freiheit

Das darf nicht sein. Die Deutsch-Amerikaner haben eine Tradition zu pflegen, die mit den Namen Karl Schurz und General Steuben genügend klar bezeichnet ist; kein aufrechter, freiheitliebender Deutsch-Amerikaner kann sich dazu hergeben, das verpflichtende Andenken dieser Männer, die den deutschen Namen in Amerika zu höchstem Ansehen gebracht haben, zu beschmutzen. Wir haben die schwere, aber dankbare, die unabwiesbare Aufgabe, in unserer zweiten Heimat eine aufsteigende Gefahr zu verhüten: daß die Barbarei des Dritten Reiches zu einer Minderung des Ansehens Deutschlands führt. Immer und immer wieder müssen wir den Bürgern unseres Gastlandes, die eine so kostbare Erinnerung an ein freies Deutschland vor Augen haben, sagen, und müssen es durch unsere eigene Haltung zu erkennen geben: Deutschland ist nicht Hitler, und Hitler ist nicht Deutschland. Wir haben das Erbe der deutschen Kultur sorgsam zu verwalten, es ist dem Auslandsdeutschtum zu treuen Händen übergeben, bis sich die Wolken einer dunklen Verirrung über Deutschland wieder lichten, bis die alte Heimat wieder zu dem wahren Charakter Deutschlands als eines kultivierten Landes zurückgefunden hat. Dieser Appell ergeht an alle Deutsch-Amerikaner:

Laßt uns die deutsche Kultur pflegen, nicht die »Kultur« der Konzentrationslager und der verbrannten Bücher, sondern die wahre deutsche Kultur, erwachsen aus dem Geistesleben und Kunstschaffen eines freien Volkes, erwachsen aus dem politischen und sozialen Fortschritt! Laßt uns zusammenstehen und einen Wall gegen diejenigen bilden, die mit dem Gift der parteipolitischen Diktatur in das Deutsch-Amerikanertum eindringen, die uns zu meinelidigen Verrätern an der von uns beschworenen freiheitlichen Verfassung unserer zweiten Heimat machen wollen! Wir haben, als Deutsche und als Amerikaner, einen Ruf zu verlieren — bewahrt ihn!



Hoffentlich bald!

Die Reinheit und Sicherheit des öffentlichen Lebens in Deutschland hat die ausländischen Bewunderer unserer schönen Heimat in Strömen ins Land geführt und ihnen das Reisen in Deutschland zum uneingeschränkten Genuß werden lassen. In wenigen Jahren vermochte die junge deutsche Republik die Nachwehen der Kriegspsychose zu überwinden; an Stelle einer Welt von Feinden aus vier Jahren kriegerischer Entartung schuf eine geduldige, ihres schließlichen Erfolges sichere Verständigungspolitik der deutschen Republik eine Welt von Freunden. Gäste aus allen Teilen der Welt kamen nach Deutschland, um den Aufbau eines neuen Staates aus der Nähe zu sehen: die Schulmänner aus allen Ländern bewunderten die moderne, vorwärtsgerichtete Entwicklung des republikanischen Erziehungswesens, den Wandel von der stumpfsinnigen Lern- zur aufgeschlossenen Arbeitsschule; die Kommunalbeamten der Welt betrachteten sich die modernen Wohnbauten der deutschen Städte; die Menschen mit sozialem Gewissen kamen zu uns, um die fortschrittliche soziale Gesetzgebung, das Tarifwesen, das moderne Arbeitsrecht an der Quelle der deutschen Republik zu studieren;

Forschung aufgehoben ist, daß die angesehensten Gelehrten zu Hunderten aus dem Lande vertrieben wurden, dessen wissenschaftlichen Weltruf sie begründeten. Reisende, Staatsbürger anderer Länder erleben, daß es mit der Sicherheit eines zivilisierten Landes vorbei ist; die Konsule fremder Länder müssen sich mit Beschwerden ihrer Bürger befassen, die auf den Straßen des Dritten Reiches verprügelt wurden, weil man sie für Juden hielt, die gefangen gesetzt wurden, weil sie das in der übrigen Welt bestehende Recht der freien Meinungsäußerung auch in Deutschland voraussetzten. Was in Kunst, Literatur, auf der Bühne und im Konzertsaal erarbeitet wurde und was die ganze Welt aus Deutschland als Tribut zum Fortschritt dankbar übernahm, ist nun als »Kultur bolschewismus« verbannt, die allein schöpferische Atmosphäre der Freiheit besteht nicht mehr, die muffige Wolke der Zensur, der vorgeschriebenen Meinung, des amtlich verkündeten allein erlaubten Stiles legt sich wie ein Alpdruck auf die einst so lebendige Welt des Geistes und der Kunst und erstickt alle Regungen. Vorbei ist es mit modernen Schulen, vorbei mit modernen Bauten, vorbei mit der ländlichen Siedlung —

Deutscher Dezember

Zorn und Zweifel, Haß und Hohn,
trommeln dumpfes Grollen.
Tag und Nacht, auf Straßen schon,
zischt im Wort ein neuer Ton,
den wir hören wollen.

Neuer Fahnenschwarzweißrot
kann nicht Brote schmieren.
Leerer Magen, Not an Not,
schlechter Schuh im Straßenkot,
will nicht mehr marachieren.

Schneller, schneller, Tag um Tag,
schwinden Rausch und Siege.
Was noch sicher scheinen mag,
ist schon morsch für unseren Schlag,
daß es falle, liege.

Männer, Frauen, du und du,
alle müßt ihr kämpfen.
Bis das Volk aus Trott und Ruh,
schürt die Feuer immerzu,
laßt sie nicht mehr dämpfen.

Richtig und falsch

Der hitlerdeutsche monumentale Kulturwille

Der Verkünder unserer Feiern und Feste nach bürgerlicher Vereinnahmung muß durch die einhellige Abwehr aller, die ein kulturelles Gewissen dem Volk und der Bewegung in sich verspüren, ein Damm entgegengesetzt werden. Einem reinen Stil unseres monumentalen Kulturwillens muß der Weg geebnet werden.

Also sprach zwar nicht Zarathustra, aber doch Josef Göbbels, Reichspropagandaminister, am 15. November vor der Reichskulturkammer, in Anwesenheit des Reichskanzlers und aller führenden Männer des Staates und der Bewegung, der Künste und der Wissenschaften, des diplomatischen Korps und der in- und ausländischen Presse — wie das Deutsche Nachrichtenbüro es kund und zu wissen tat. Der pathetische Quatsch von Josef Göbbels verdünnt sich in der Kulturpraxis des Dritten Reiches zur ästhetischen Brauselimonade:

Zur genau derselben Zeit hat nämlich die schlesische »NS-Kulturgemeinde«, also eine unmittelbare und sozusagen amtliche Göbbelsfiliale in der deutschen Provinz, eine Sondernummer ihrer »Schlesischen Monatshefte« (mit dem Untertitel »Blätter für nationalsozialistische Kultur des deutschen Südostens!«) herausgegeben, in der jene Göbbelsche »Kultur-Generalparole« gleich exekutiert wird. Da liest man folgendes:

Die Pflege des Gemeinschaftslebens und der Kameradschaft dürfen nicht mehr durch die früher üblichen Geschmacklosigkeiten und Albernheiten in das Gegenteil dessen verkehrt werden, was der Sinn aller solcher Veranstaltungen ist: in fröhlicher Gemeinschaft die Volksgenossen durch gemeinsames Erleben immer wieder zusammenzuschließen. Auch auf diesem Gebiet hat die SA mit der Durchführung von Kameradschafts- und Unterhaltungsabenden die Möglichkeit zu bahnbrechender

Die Schrecken Dokumente über die deutschen Konzentrationslager schwellen mehr und mehr an. Erlebtes, Tatsachenberichte, Unbestreitbares. Das Dritte Reich wagt kaum noch zu dementieren, Material und Zeugenschaft sind zu erdrückend geworden. Ein neues Buch gesellt sich zu den bisherigen: »Dachau«. Eine Chronik. (Europa-Verlag, Zürich). Der Verfasser, ein sozialistischer Schriftsteller, nennt sich Walter Hornung und ist ehemaliger Dachauer Häftling. Die Chronik bringt nur tatsächlich Geschehenes, doch um es der braunen Rachejustiz nicht zu leicht zu machen, war es notwendig, da und dort Decknamen zu verwenden.

Im Mittelpunkt des Buches steht Hans Firmer, der ehemalige Verbandsekretär. Um ihn her kreist die Hölle, wie man sie aus anderen Berichten kennt, nur ist dieses Dachauer Buch wohl der umfassendste aller bisherigen Berichte. Da sind die bekannten Verbrochervorgänge der SS, deklassierte entgleiste Burschen, im Leben draußen zu nichts zu brauchen. Mit stupider Bosheit schlagen sie auf Männer ein, die sich im Kriege Narben holten, die im Felde standen zum Schutze von »Heimat, Frau und Kind...« Zu diesen Kindern gehörten damals die heutigen hitlerschen Folterknechte. Eine Invalidenkompanie gibt es, die malträtiert wird wie die anderen. Eine Baracke mit Lungenerkrankten, vom Tode gezeichnet — sie bleiben in Schinderhänden. Ein »Neuer« trägt das E. K. I. »Was, Du willst Dich mauzig machen« — und schon sausen die Gummiknüppel der Rotznasen. Die Bunker sind voll gefolterter schreiender Menschen, es wird gemordet und verscharrt. Sozialdemokratische Führer wanken krank einher, zerschlagen,

Umgestaltung. Ein Sonderbefehl einer SA-Brigade zeigt, daß diese Aufgabe erkannt und tatkräftig durchgeführt wird. Da finden wir in einer so wirksamen Gegenüberstellung, daß jedes weitere Wort überflüssig wird, das Programm solcher »Abende« falsch und richtig gegenübergestellt:

Falsch:
Tanzabend mit Punkreportage
Die Tanzkapelle XYZ spielt auf
Die Melödien Harmonisten singen Schlager und Volkslieder
Fri. X singt den Frühlingstimmenwalzer von Strauß
Auftreten des Komikers X
Luftige Szene: Die dummen Rekruten
Weiter: Tombola, Verlosung usw.

Richtig:
Traditionsmarsch der Standarte 18
Traditionsmarsch der Standarte 94
Traditionsmarsch der Standarte 235
Kampflied, gesungen von einer Mannschaft
Ansprache eines höheren SA-Führers
Sprochchor
Vorspruch
Drei Szenen aus der Kampfzeit (die Bilder lassen den Kampf der SA wieder lebendig werden, Kampf gegen das Untermenschentum, Glauben an den Führer usw.; schlichte SA-Kameraden hatten hier in einzelnen einen aufrüttelnden Erfolg)
Nachspruch: den toten Kämpfern

unablässig vom Tode bedroht, hämisch befeindet von sogenannten Kommunisten. Manche Personalakten enthalten Vermerke wie: »Auf Entlassung wird kein Wert gelegt...« Das sind die, die »verleugert« werden sollen. Juden werden Stricke gereicht — zum Erhängen. Einer wird ermordet, weil man ihn fälschlich für Fechenbach hielt. Manche fallen gewöhnlicher Privatstraßen zum Opfer. In der Lagerkapelle, Sonntag vormittags, predigt der Pfarrer Gottes Wort — inzwischen wird im Schlageterhaus zum Klange des Harmoniums geprügelt. Viele Gefangene sehen sich in den Krieg zurück. »Dort hatte man eine Knarre, dort wären solche Hunde zusammengeknallt worden...«

Diese jahrelange viehische Massenquälerei ist in der Geschichte ohne Beispiel. »man wird es einmal hitlerisch nennen«. Eicke heißt der Kommandant; einige seiner Oberschinder: Lutz, Steinbrenner, Iwan, Dall'Armi, Kanschuster, Unterhuber, Dambach. Ab und zu, wenn die Schinder gleichgültig werden wollen, kommt die Aufpulverung von oben. Dann setzen schlagartig sadistische Orgien ein. »Der Führer will es.« Will er auch, daß seine Folterknechte die Gefangenen bestehlen, ihre Frauen beschimpfen, Unterschlagungen vertuscht werden? Es geschieht massenhaft.

Neben dieser Erbärmlichkeit und Feigheit brauner Verbrecher, die erhebenden Beispiele unerhörter Heldenhaftigkeit. Marxistische Barackenkorporale, die für ihre leidenden Kameraden in die Folter gehen. Die Gesinnungsfestigkeit der vielen, vielen, ihr unerschütterlicher Glaube an die Abrechnung, an das kommende, neue, sozialistische

Deutschland. Satirische Stunden: wenn Gefangene zur allgemeinen Erheiterung aus Hitlers »Kampfe« vorlesen. Das Schwulstige der Sätze erzielt nachhaltige Lachsalven. In des nebenan der Kampf gegen die Filzkäse lobt, die eine ganze Baracke erobern, so entsetzlich ist die »Hygiene« des Systems.

Das alles, alles ist nicht unbekannt, und doch liest man es immer wieder mit neuer Beklemmung. Schreckhaft erlebt man diese Hölle immer wieder neu, weil solche Verliertheit für den normalen Verstand unfassbar bleibt. Der Verfasser bemüht sich, die Tatsachen sprechen zu lassen, aber da er ein Schriftsteller von Geblüt ist, verstärken die Stimmungen, Reflexionen und Gespräche der Leute seiner Chronik auch das Gewicht, die Kraft und Tiefe dieses Buches.

Einmal erlebten alle diese Gemarterten eine hoffnungreiche Stunde: als unerwarteter Besuch ausländischer Journalisten ins Lager einbricht, als es einem Trupp gelingt, den Vertreter des Daily Herald abzurufen und ihm in aller Eile die Furchtbarkeit dieser Hölle an den Wunden der Gefangenen zu demonstrieren. Nun mußte im Ausland doch etwas geschehen! Nun mußte doch die ganze Welt aufhorchen! Man hofft, wartet. Vergebens. Nichts änderte sich, kein Weltprotest wurde vernommen. Das Dritte Reich braucht das Grauen der Konzentrationslager. Anders könnten sich die braunen Banden nicht halten. Und die übrige Welt? Ist sie durch die Greuel der letzten zwei Jahrzehnte so stumpf geworden, daß sie in diesen barbarischen Höllen des Hitlerreiches das drohende europäische Schicksal nicht erkennen will?!

Bruno Brandy.

Der motorisierte »Kuduke«

Die Gerichtsvollzieher des Dritten Reiches müssen eine derartige Hochkonjunktur haben, daß sie ihre Arbeit nicht mehr bewilligen können. Infolgedessen hat das Reichsjustizministerium die Verfügung getroffen, daß die Gerichtsvollzieher motorisiert werden sollen. Und da das Gewerbe ziemlich einträglich zu sein scheint, ist der Reichsjustizminister bereit, die Unkosten für diese Motorisierung zu tragen. So eilig hat es die Republik nicht gehabt!

Ei, ei, der Lose!

Ueber einen »Heimatabend in Hirschfeld«, den der ostpreussische Rundfunk seinen Hörern vorsetzte, schreibt die »Preussische Zeitung«:

Besonders hübsch, und echt, die Einstellung der Menschen kennzeichnend war die Erzählung von der gleichzeitigen Hochzeit der vier Brautpaare, bei der unser Führer anwesend war und den vier Bräutchen die »Backen puschte«.

Warum nimmt der Schäker sich kein eigenes Bräutchen, warum puscht er in fremden Revieren?

Begegnung

Nachstehendes Kapitel erzählt von zwei jungen Emigranten, die auf der Wanderung nach Palästina den Balkan überqueren, und ist entnommen dem Buche »Wir suchten ein Land« von Robert Grätzsch. Der Roman eines sozialdemokratischen Kollektivs, dichterisches Abbild des rauen Alltags — »erdrückend in seiner Schwere, gelöst in Stunden des Vergessens«, wie ein Kritiker urteilte.

In der mazedonischen Stadt flammten nur wenige Lichter. Die Dächer schienen zwischen Himmel und Erde zu schwimmen. An der Landstraße schimmerte eine Lampe matt in den Abend. Schenke mit Garten. Drei mächtige Kastanienbäume. An der Taxushecke hinten zwei alte Türken, bärtig, stumm, aus langen Pfeifen rauchend. Man sah ab und zu den Tabak aufglühen und das Weiß der hohen Turbane. In der Mitte des Gartens, an runden, wackligem Tisch, saßen junge Männer in europäischer Tracht. Sporthemden. Kniehosen. Gürtel von militärischer Wucht. Das Gespräch ging laut. Ein Langer mit hägerem Gesicht schlug sich krachend auf die Hose: »Jetzt hocken ma hier und warten, bis die tausend Jahr rum san.«

In diesen Garten bog ein Moritz und der Kleine ein, ließen sich an einem Tische nieder, der neben dem runden stand. Der Wirt brachte Wein und Wasser. »Viel Wasser dran tun, Ernst, der ist dick«, rief Moritz.

»Landleute?« frug einer am runden Tisch, bog sich leicht zu Moritz herüber und schwankte leis. »Emigranten? Klar... Wir vielleicht nicht? — Marxisten nicht? Natürlich... is ja ganz egal, Mensch...«

Die beiden hatten Brot aus den Rucksäcken gelangt und kauten. Moritz sah traure Hoßen, gelben Messing an hohen Schnürstiefeln und wußte Bescheid. Ein Internierungslager in der Nähe. Deutsche und österreichische Nazis, mit und ohne Gewehr über die jugoslawische Grenze geflüchtet.

»Fein ham's uns ang'achmiert, die Bontzen, nüt?« machte der Lange über den Tisch hinweg.

Moritz stieß den Kleinen unterm Tisch. Sie kauten und schweigen.

»Jetzt könn' wir s'samm betteln gehn. Fein ham'm's sich gestellt, die Bontzen... Jeder an Auto, jeder an Palast, die wo nix hatten, san halbe Millionär. Alle Macht ham's, nix tam als Geld schlucken — wie eure.«

Jetzt hebt Moritz den Kopf mit der kräftigen Nase. »Unsere hatten nie die Macht, nie siebzehn Millionen Wähler, nie Paläste und änd keine Millionäre. Was wir für die Arbeiter geschaffen — fragt sie mal heute. Das gab's in der Welt nicht wieder.«

Ebe am runden Tisch einer antworten kann, strudeln von der Straße her fünf Mann hinzu. Deutsche Dialekte klingen durcheinander. Die Gesichter scheinen im Dunkel alle den gleichen schiefen Ausdruck, die gleichen verwirrten Züge zu haben. Die Stimmen schwirren durch die Stille. »Schnause voll!« — »Kotz verfluchter!« — »Wa? Nicht politisieren? Is mir ganz egal um wenn der Saf selber da wär.«

Moritz und Ernst schauen sich an. Eine verrückte Welt! Hier klumpt je alles beisammen: österreichische Nazis, deutsche, die mithalfen, und SA, die sich in der Hei-

mat nicht mehr sicher fühlte. Wer findet sich da noch hinein?

Alle haben sich auf Schamel gehockt, trinken aus irgendwelchen Gläsern, die auf dem Tische stehn, schauen zu den beiden hinüber. »Wo wollt ihr denn zu, bei der Hitze?«

»Nicht weit«, sagte Moritz. »Palästina.«

»Wat denn? Wäsete die Waacht am Jordan singen? Seid ihr denn vom Stamme Juda?«

»Bin so frei«, antwortete Moritz. »Womit darf ich sonst noch dienen?«

Der breite Berliner hängt in den Knien, aber ein paar unsichtbare Hände scheinen ihn auf seinen Sitz zu drücken. »Is schon alles egal, Mensch...« Was geht's uns an. Hier im fremden Land. Bei der Hitze. Alles vor-schwimmt. Sechserlei Volk durcheinander. Türken, Serben, Bulgaren, Griechen, Juden, Albaner... Was geht's uns an...«

Der lange Hagere schmeißt ein Glas zur Erde und murrt: »Je weiter weg desto besser seid's dran. Weg von der deutschen Treue...« Ein braunes Haarbüschel fällt ihm über's Auge. »Aufgehört ham's uns, nach Oesterreich muß ma, der Wirbel geht an — un nachher san ma die disziplinlosen Elemente... und hocken im mazedonischen Dreck... vom Paradies ham's uns derzählt... fein hamms uns angeachmiert, fein...« Sein Groll geht in Gemurmel unter; er kann von der großen Verheißung nicht loskommen, schaut zum blauen Südhimmel empor, als späbe er nach dem verlorenen Land. Ein Wunderreich sollte es werden, ja Kuchen... Keine Klassenunterschiede, keine Arbeitslosigkeit, neue Moral, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, deut-

sohe Treue... Kuchen! Wer an Versprechen erinnert, wird abgeschossen. Die Führer haben's geschafft. Tut eure Wunder selber.

Ein junger Wollkopf mit rasch flitzenden Augen ist an den Kleinen herangerückt. »Saudämliches Volk daheim, ein saudämliches! Auf jeden Schwindl fallen sie rein, auf jeden.«

Der Kleine kann sich nicht länger bremsen. »Das ganze Volk? Nea, nea, das ganz nich. Unsere nich un andere nich.« Er sucht die husehenden Augen zu fassen. »Unsere Leute ham's Stange gehalten. Unsere sind heute noch bei der Fahne.«

»Saublode«, redet der Wollkopf weiter. »Brauchen immer ein andern Schwindl. Saubande, verrecken soll'n alle.«

Der Kleine hat gerötete Augen. Weit, weit weg ist die Heimat, grün die Wälder, waren viele Menschen daheim, die ihm geholfen hatten. Das sollte alles Saubande sein?! Macht es der Wein, die Hitze, das lische nägende Heimweh — er ist aufgestanden, hält die Flüste. »Saubande, sagste? Beschimpfe deine Leute, aber nich unsere! Deutschland wird wieder sauber, verreckte! Unsere Volk machts sauber!«

Moritz hat den Kleinen auf den Sitz gezogen. Der Wollkopf lacht: »Mensch, redst du immer so komisch? Verträgst woll keet Weip? Ich sage dir, ein saudämliches Volk! Kannste hier jeden Tag hörn.«

»Politistieren verboten«, kiff eine Stimme am runden Tisch irgend eine Parole nach.

»Ach wat«, brüllt jetzt der Berliner, »is ja ganz egal, wovon uns schlecht wird! Sogar Palästina is mir Heber! Ueberall besser als

Die Angestellten im Dritten Reich

Raub der Berufsvertretung — 30 Prozent Gehaltsabbau — Rechtlosigkeit der jüdischen Angestellten

Die Privatangestellten waren vor Hitlers Machtantritt mit 400.000 Mitgliedern im Afa-Bund organisiert und mit den freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen solidarisch verbunden, während die bürgerlichen Angestelltenverbände mit 600.000 Mitgliedern und die 2.000.000 zählenden unorganisierten Angestellten als wichtige Hilfstuppe des Faschismus angesehen werden konnten. Heute gibt es nach knapp drei Jahren Hitlerherrschaft kaum eine Arbeitnehmerschicht, an der sich der soziale Betrug der Nazis sichtbar vollzogen hat und die Enttäuschung größer sein kann, als bei den Angestellten. Glück und Ende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sind ein klassischer Beweis für die Nibelungen-treue, wie sie Adolf Hitler an seinen engsten Bundesgenossen geübt hat. Im Mai 1933 hatte der DHV als getreuer Eckehard des Führers die Gleichschaltung der gesamten Angestelltenschaft durchgeführt. Die alten deutschnationalen Bonzen flogen heraus. Ein Herr Miltzow, der noch wenige Tage zuvor Einpeitscher gegen die Nazis war, stellte sich an die Spitze des Verbandes, wurde aber schon zwei Monate später mit dem Rest der alten DHV-Bürokratie von den wirklichen alten Kämpfern der Nazis verdrängt. Unter der Leitung von Förster-Danzig, einem früheren Gauleiter des Verbandes, wurde gründlich gereinigt; das Protektionskind, ein in weiten Kreisen unbekannter Pp. August Haid, dessen moralische Qualifikation seiner organisatorischen Ähnlichkeit war, wurde zum neuen Mann der »Deutschen Angestelltenschaft« gestempelt. Als ein Jahr später weder vom DHV, noch von seiner Nachfolgerin der »Deutschen Angestelltenschaft« noch etwas übrig geblieben war, ließ sich Pp. Haid in untergeordnete Posten abschleppen, bis er kürzlich auch des letzten Restes von Amt, Würde und Ehre für verlustig erklärt worden ist. Es gibt im Dritten Reich überhaupt keine Angestelltenverbände mehr. Als letztes wurde noch die Auflösung der sogenannten Reichsberufshauptgruppen der Angestellten durch den Ley angeordnet, so daß heute organisatorisch lediglich eine Stellenvermittlungsabteilung in der Deutschen Arbeitsfront besteht, die nach einer neuen Ankündigung in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung überführt werden soll. Es gibt also keinerlei Interessenvertretung der Angestellten im Dritten Reich.

Wenn Ley diesen Erfolg auf dem Nürnberger Parteitag als die Vollendung der Einheit im Betrieb gepriesen hat, so glaubt ihm kein Mensch, daß die Zerschlagung der Angestelltenbewegung etwa dazu erfolgt ist, um nun eine einheitliche Organisation der Arbeiter zu ermöglichen. Die geschaffene Unorganisiertheit der Privatangestellten war vielmehr erforderlich, um die einzelnen An-

gestellten seitens der Betriebsführer als Anstreiber der Arbeiter mißbrauchen zu können. Die völlige Wehrlosmachung der Angestellten zeigt sich bereits in dem fortschreitenden

Gehaltsabbau.

Da eine allgemeine Lohnstatistik im Dritten Reich verhindert wird, so lassen sich die heutigen Zustände nur aus Einzelbetrieben zahlenmäßig belegen. Die Lage der Angestellten in den Berliner Kommunalbetrieben kann zweifellos als Gradmesser gelten. Bei der Berliner Stadtbank, die ihre Angestellten nach dem allgemeinen Tarif der Stadt entlohnt, ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Persönal-Verwaltungskosten in 1000 RM	Persönal pro Kopf	Betrag pro Kopf
1930	4029	746	5400.53
1932	3322	837	3969.93
1933	3437	882	3896.82

Das Durchschnittseinkommen pro Kopf liegt weit über den tatsächlichen Durchschnittseinkommen, weil die hohen Spitzengehälter der Direktoren mit eingerechnet sind. In der Gesamtentwicklung ist aber die Gehaltsenkung von 1930 bis 1933 um 30 Prozent ersichtlich. Bei den übrigen Gruppen der städtischen Angestellten zeigt sich, daß in den Jahren 1934 und 1935 ein weiterer Gehaltsabbau eingetreten ist. So erhielten die geprüften Krankenschwestern monatlich brutto:

seit	Anfangsgehalt	nach 10 Jahren	Endgehalt nach Jahren
1. I. 1932	147.22	209.70	261.21 19
1. I. 1934	117.53	154.37	216.88 23
1. VII. 1935	117.53	150.90	209.70 23

Büroangestellte in gehobener Stellung erhielten:			
1. II. 1931	211.19	261.32	342.01 23
1. I. 1932	147.22	224.90	276.41 19
1. I. 1934	147.22	224.90	276.41 19
1. VII. 1935	147.22	211.18	245.50 19

Die Nazis, die versprochen hatten, die Notverordnungspolitik der Regierung Brüning wieder gut zu machen, haben also müher weiter abgebaut. Dabei ist zu beachten, daß seit Hitlers Machtergreifung ein gewaltiger Anstieg der Lebenshaltungskosten stattgefunden hat. Dazu kommen erhöhte Steuerabgaben und Abzüge aller Art im größten Maßstab.

Als Vorteil des Dritten Reiches war vor allem die Verbesserung der Urlaubsverhältnisse versprochen worden. Auch hier ist das Gegenteil eingetreten. Bis zum Juni 1935 galten für die städtischen Angestellten die früheren Urlaubsbestimmungen. Der Angestellte erhielt nach einem Dienstjahr 4, nach 3 Dienstjahren 7, nach 5 Dienstjahren 10, nach 10 Dienstjahren 14 und nach 20 Dienstjahren 17 Tage. Für die schon am

20. November 1923 tätig gewesenen Angestellten und Arbeiter kam ein abgestufter zusätzlicher Urlaub hinzu. Somit betrug

der Mindesturlaub	4 Tage
der Höchsturlaub	28 Tage
der Durchschnitt	16 Tage

In der Praxis war der Durchschnittsurlaub höher, weil die meisten Angestellten über 10 Dienstjahre hatten. Nach der Neuregelung vom Juni 1935, die nach dem Lebensalter abgestuft ist, ergibt sich:

Mindesturlaub	6 Tage
Höchsturlaub	18 Tage
Durchschnitt	12 Tage

Die Verschlechterung bewegt sich also um 25 Prozent, es kommt hinzu, daß der Mindesturlaub von 8 bis 12 Tagen nur für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren gewährt wird, d. h. für Altersstufen, die in den städtischen Diensten selten vorkommen. Die nationalsozialistische Urlaubsregelung hat demnach die Lage der Angestellten ebenfalls verschlechtert.

Rassenkampf gegen Klassenkampf.

Die Judenverfolgung in Deutschland hat innerhalb des jüdischen Proletariats bereits eine vernichtende Wirkung. Sie trifft entsprechend der sozialen Schichtung die jüdischen Angestellten am härtesten, die in den Betrieben nicht nur gesellschaftlich isoliert und benachteiligt werden, sondern nun restlos ausgemerzt werden sollen. Zunächst wurden die jüdischen Angestellten in den Kantinen an besondere Tische verwiesen, von Betriebsversammlungen ausgewiesen, soweit sie Reisende sind, ohne Nachtquartier gelassen. Dann schrumpfte die Arbeitsmöglichkeit für sie soweit zusammen, daß sie in jüdischen Firmen immer seltener, in den arischen überhaupt nicht mehr weiter beschäftigt werden können. Arische Betriebe, die auch nur noch einen Juden beschäftigen, können nicht als »Deutsches Geschäft« anerkannt werden. Ihre Inserate werden zurückgewiesen, Aufträge dürfen ihnen nicht erteilt werden. Besonders Wareneinkaufslisten, die laufend zu führen sind, lassen erkennen, wenn auch nur indirekt Lieferungen jüdischer Firmen erfolgt sind. Soweit jüdische Geschäfte liquidiert werden, sind die sozialen Schutzgesetze für die jüdischen Angestellten von den Arbeitsgerichten außer Kraft gesetzt worden. Das Kündigungsschutzgesetz, das je nach dem Dienstalter bestimmte Kündigungsfristen und damit gesetzlich gewährleistete Abfindungssummen eindeutig festsetzt, findet auf jüdische Angestellte keine Anwendung und es wurden zuletzt im günstigsten Falle freiwillige Vergleiche geschlossen, bei denen z. B. ein Angestellter, der auf drei Monate Gehalt Anspruch hatte, noch ein Monatsgehalt ausbezahlt erhielt. Dieser offenkundige Rechtsbruch trifft zunächst die Juden. Tatsächlich hat damit die Rechtsprechung das Recht der

Angestellten überhaupt aufgehoben. Der Raub des Rechts trifft neben den Juden bereits jeden Angestellten, dessen politische Haltung unerwünscht ist.

So hat das Arbeitsgericht Tilsit entschieden, daß ein Ausschluß eines Angestellten aus der SA hinreichend Grund bietet, ihn auch aus dem Betrieb zu entlassen. Seine gesetzlich gewährleistete Recht, wegen unbilliger Härte bei der Entlassung zu klagen, ist unwirksam geworden.

Die Rechtlosigkeit der jüdischen Angestellten ist anscheinend eine Rassenfrage, hat aber in Wirklichkeit einen ganz allgemeinen soziologischen Hintergrund, wie der Rassenkampf überhaupt bestimmt ist, den Klassenkampf zu verwischen und zu entstellen.

Die faschistische Rassenlehre bestätigt erneut, daß die schon seit dem Altertum bestehende Beherrschung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen, immer wieder mit moralischen Erklärungen gedeutet worden ist. Die Geschichte der Völker zeigt, daß einmal die Natur das eine Volk berechtigt haben soll, ein anderes »barbarisches« Volk als Sklaven zu behandeln, das anderemal der Sieger sich das Recht ansprach, den Besiegten als Sklaven zu erklären. Später mußte die Hautfarbe hinreichender Grund sein, den Gegner als Untermenschen zu erklären und heute ist es die nordische Rasse, die als Voraussetzung für den Herrschaftsanspruch herhalten muß. In der Zeit der französischen Revolution fanden sich sogar Gelehrte, die den dritten Stand der Bauern und Bürger als minderwertig erklären konnten. Die Rassenlehre im Dritten Reich und die Unmündigkeitserklärung der marxistischen Arbeiter sind nur politische Basis für die Minderheitsherrschaft der Hitler-Diktatur geworden.

So wird das Schicksal der jüdischen Angestellten im Dritten Reich, soziologisch gesehen, zum Spiegelbild des getarnten Klassenkampfes von oben. Die Nazis müssen zu ihrer Selbstbehauptung den Großkapitalismus schützen und gleichzeitig Wege für ihre »antikapitalistische« Agitation unter den Massen offen halten. Für sie ist die Judenhetze ein Mittel, zu unterscheiden zwischen dem guten arischen Kapitalismus und dem »schlechten Kapitalismus«, der als jüdische Erfindung gebrandmarkt wird. Die Ausrottung von etwa 50.000 jüdischen Angestellten vollzieht sich als Rassenverfolgung, ihr Ende aber ist Auflösung des sozialen Rechtsbodens, der für die Arbeiterklasse noch vorhanden zu sein schien. Der Rassenkampf ist eines der Mittel, dessen sich die Herrschenden im Kampf der Klassen bedienen. Die Waffe gegen den Faschismus bleibt immer wieder die Klassensolidarität der deutschen Arbeiterschaft.

Die Montur

»Das Marschtempo des deutschen Schriftstellers bestimmt der Führer. Er paßt ihm die geistige Montur an, unter der sich seine Begabung allein entfalten kann...«
(Aus einem Feuilleton in einem Blatt der Deutschen Arbeitsfront.)

da, wo du umgelegt wirst, wenn du heute eine Führerrede von 1932 zitierst, jawoll... um wo dich deine Bonzen mitn meisten Benz überfahren!»

Der Lärm am runden Tisch nähert sich seinem Höhepunkte. Hände gestikulieren durcheinander. Fauste donnern auf den Tisch. »SS verreckt!« — »Schnauze, Müller!« — »Wartet man bis es Krieg gibt, dann wirds besser« — »Krieg? Mensch, lck drehe de Knarre um!«

Vom Minarett her nährt der monotone Gebetsruf des Muozzin durch die Luft. Moritz und der Kleine haben ihre Rucksäcke gepackt und stehen auf der Straße draußen. Bischen und fremd dringt ihnen der Ruf des mohammedanischen Priesters in die Ohren. Der Kleine denkt an die grünen schweren Wälder daheim und fühlt ein ziependes Nagen in der Hergegend.

Wie sie die Straße entlang schreiten — man wird im nächsten Dorf auf Stroh schlafen, die kleinen Herbergen wimmeln ohnehin von Ungeziefer — wie sie ins Freie schwenken, läuft plötzlich der lange Hagere neben ihnen, stapfte stumm durch den Abend. »Gehört du nicht in's Lager?« fragte Moritz.

»Is scho alles gleiche, sagte der in den braunen Hosen. »Pain hamms uns abgeschmiert, feine Sprich hamms gemacht...«

Marschiert mit in die verbrannte Steppe hinein, die Haarbüschel in der Stirn, die Augen ins Abendhell gebohrt, als suche er das verheißene Land. Mußte doch irgendwann kommen, vielleicht wußten die beiden mehr davon, schienen ja noch dran zu glauben, mußte doch irgendwo einmal sein...

Vom Kesselschmied zum Blechschmied

Oder: Der beglückte strahlende Verräter.

Überall im Dritten Reich wird seit einiger Zeit in »Kraft-durch-Freude«-Veranstaltungen der »Arbeiterdichter« Heinrich Lersch herumgezeigt. Er liest dabei Strophen aus seinem 1934 erschienenen Versuch »Mit brüderlicher Stimme«, das der braunen Gefolgschaft und den Marschrhythmen der SA gewidmet wurde. Aber die Auswahl aus dieser Schöpfung unter dem Hakenkreuz ist so kümmerlich, daß er zu älteren Gedichtbeständen zurückgreifen muß, um den rauschenden Beifall seiner Hörer zu ernten. Der einstige Kesselschmied nimmt dabei eine infernalische Täuschung vor. Er zitiert dabei die gleichen Verse, mit denen er noch vor einigen Jahren in sozialistischen Arbeiterkundgebungen stürmischem Jubel erzielte, Bekanntheit zur sozialen Revolution, aber heute sorgfältig zusammengestrichen und sensiert, damit sie mit dem nationalsozialistischen Wortschatz nicht in Widerspruch geraten.

Man hat den wackeren Lersch für seine gefolgschaftreue Verleugnung der eigenen Vergangenheit vor kurzem belohnt. Auf einer rheinischen Dichterparade in Düsseldorf wurde ihm von dem braunen Landeshauptmann ein rheinischer Literaturpreis in Höhe von einigen tausend Mark überreicht, als »des schaffenden Volkes Soldat« für den deutschen Sozialismus, der den »Schlag des Herzens mit dem Schlag des Hammers in Einklang brachte.« Nach den Berichten der Nazi-pressen nahm Lersch »beglückt strah-

lende die Urkunde mit den Hakenkreuzinitialen entgegen.«

Die Selbstzensur seiner Verse aus der Zeit, wo er sich genau so von den Männern der Parteien von Weimar und der Republik feiern ließ, hilft ihm nichts. Sie sind noch nicht eingestampft und zeugen gegen ihn. Als brennendes Kriegserlebnis schrieb er 1928 nieder:

Eine Stunde vergessen —
Nun schreit das Gewissen:
Brudermord, Bürgermord!

Oder:
Es gibt ja auf Erden kein größeres Glück,
als nicht Soldat, als nicht im
im Krieg zu sein!

Lersch mangelte damals der Sinn für den nationalen Weltwillen so sehr, daß er die Jugend aufforderte, auf ihrem Marsche zur Eroberung der Nationen »In die Flüsse die Waffen, in das Meer die Kanonene zu werfen. Und er, der heute zu jedem Mörde an seinen proletarischen »Brüderne, von denen er so viele gekannt, die er immer wieder besungen hat, heute begeistert sein »Heil Hitler« sagt, dichtete damals:

Ich bin zu Ende mit meinen Kräften.
Ich! Der Deutsche! Verfolgt von Deutschen!
Weil ich nicht zum Mord an
deutschen Volk: Hurrah!
schreiben kann!
Weil ich kein »Patriot« bin,
Kein Kommunisten-Fresser, Franzosen-
Drescher!
Ich habe keine Lust auf der
Flucht erschossen zu werden
als sei ich ein rüdischer Pazifist; ich kann
nicht mehr atmen
in dieser Mordeshift...
Jeder Büttel belügt mich, argwöhnisch,
jeder Posten grinst mich an:

In dir liegt das deutsche Volk begraben,
verreckt an seiner eigenen Knecht-
seligkeit!

Heinrich Lersch verreckte nicht. Der rüdische Pazifist verwandelt sich in einen apertierenden Pudel. Wir sind an die charaktervollen Burschen von Barthel bis Lersch langsam so gewöhnt, daß man sich über die Wandlungen ihrer klopfenden proletarischen Herzen nicht mehr wundert. Aber mit welchen Gefühlen mag Lersch heute seine Verse aus dem Jahre 1928 lesen:

»Du wirst die Streu der Gefängnisse
fressen, die Schläge der Köpfe aushalten,
die falschen Zeugen, das Halburteil, das
Zuchthaus: wie ich sie aushalten mußte,
wenn ich nur meinen Mund aufhätte und
für den Menschen zeugte, für mein Volk
zeugte!

Ich würde erschlagen wie
Landsauer, erschossen wie Levin,
gemeuchelt wie Liebknecht und
Luxemburg, wie alle die Menschen,
deren Reich nicht von dieser Welt ist, und
deren Seele nicht ruht, bis das Reich
kommt, zu dem der Mensch betet.«

Die Begabung zu Vorausahnungen wird
man Lersch nicht abstreiten können.

Eines nur ahnte er damals nicht: daß er
eines Tages den Mördern und Meuchlern Lob-
gesänge widmen würde. Welch tiefe Ironie,
daß die Überschrift dieses Gedichtes lautet:
»Ich will stille sein...« Denn dieses
Gedicht schreibt, statt »stille zu sein, einem
Schufterle die Schande des Verrates ins Ge-
sicht.
A. H.

Die Gemeinste von allen. Der »Manchester
Guardian« schließt eine Betrachtung der
deutschen Zustände mit dem prägnanten
Satz: »Die Geschichte hat schon blutigere
Umwälzungen gesehen, eine gemeinsame
aber noch nicht.«

Menschen zwischen den Grenzen

Das Problem der Staatenlosen

Auf der letzten Tagung des Völkerbundes ist auch die Frage der Flüchtlinge erörtert worden. Ein norwegischer Antrag zielt darauf ab, dieses Problem zu zentralisieren. Ein Expertenkomitee ist eingesetzt, um der siebzehnten Völkerbundsversammlung das Ergebnis ihrer Erhebungen vorzulegen. Der norwegische Antrag stieß aus den verschiedensten Gründen auf Bedenken. Fiskalische, weil man neue Kosten befürchtete, wenn der Völkerbund alle Flüchtlinge in seine Obhut nehmen sollte, gefühlsmäßig-politische, weil verschiedene Völkerbundmitglieder nichts für ihre eigenen Emigranten tun wollen. Bundesrat Motta erklärte der Presse abschließend, daß der Völkerbund nicht gesonnen sei, mehr zu tun, sondern im Gegenteil sich von dem Flüchtlingsproblem lösen wolle, — um es der privaten Fürsorge zu überantworten. Das sind die Auswirkungen des Marseiller Attentates, obwohl dasselbe mit der bewußt aufbauenden Emigration nichts zu tun hat.

Im Interesse jeder Emigration ist deren Ueberwachung zu begrüßen, weil in zäher Selbstverständlichkeit daran festgehalten werden muß, daß kein Fremder sich gegen die Sicherheit und Ordnung des Gastlandes vergehen darf. Aber kann diese Frage fiskalisch oder gar gefühlsmäßig betrachtet werden? Ausweisungen, wie sie oft vorgenommen werden, sind falsche Wege. Sie müssen jeden konstruktiven Lösungsversuch illusorisch machen. »Gegen die wirklichen internationalen Verbrecher und politischen Emissäre bietet bekanntlich das System der Ausweisungen fast gar keinen Schutz, weil sie mit falschen Pässen und auf Schleichwegen, mit materiellen Mitteln genügend ausgerüstet, immer zurückzukehren vermögen«, so schreibt schon Dr. Heinrich Engländer in seiner in Wien 1932 erschienenen Broschüre »Die Staatenlosen«. Ausweisungen werden labilen Elementen, wenn sie verbrecherische Neigungen haben, nur willkommen sein, weil sie sich dadurch der notwendigen Kontrolle entziehen können, während jede bewußte, konstruktive Emigration nur ein Interesse hat, nämlich die Ueberwachung der Asylsuchenden durch Selbstkontrolle, verbunden mit der behördlichen Kontrolle. Genaue Prüfung und Evidenzierung der Flüchtlinge, Anerkennung durch die Polizeibehörden des Gaststaates; diese Maßnahmen sind geeignet, abgesehen von allen sozialen Vorkehrungen, die Gefahren, die aus der labilen Lage dieser Menschen entstehen, auf ein Minimum einzuschränken und Fälle wie Wesemann, Berthold etc. zu vermeiden. Die Marseiller Attentäter waren im Besitz von falschen Pässen. Kein Grenzbeamter hat dagegen präventiv einschreiten können, aber wie viele Menschen ohne Pässe sitzen in den Gefängnissen und Polizeigewahrsam, nur weil sie keine Pässe haben, ohne daß sie dem Gaststaat irgendwie gefährlich sind?

Die Frage des Asyls ist heute für Millionen von Menschen brennend, ob es sich nun um solche Personen handelt, die noch im Besitz von staatlichen Ausweisen sind, oder solche, die keinen Paß haben. Lediglich in den Auslieferungsgesetzen der verschiedenen Staaten finden wir eine gesetzliche Unterlage für die Behandlung derartiger Flüchtlinge. Es ist die allgemeine und bisher von kaum einem Staate durchbrochene Auffassung, daß der politische Flüchtling, auch wenn er sich gegen die innerstaatliche Ordnung des Gastlandes vergangen hat, nicht nach seinem Heimatland ausgewiesen werden darf. Aber die Situation für solche Menschen, die trotz der politischen Gründe, aus denen sie ihre Heimat verlassen haben, immer wieder von einem Lande nach dem andern ausgewiesen werden, hebt praktisch jenen jahrtausend-alten Grundsatz des Asylrechtes auf. Wenn also Marseille für die Polizeibehörden ein Ansporn war, mit größerer Schärfe gegen alle Fremden vorzugehen, so sollte es für den Völkerbund ein ehernes Gesetz sein, den Unschuldigen nicht für den Schuldigen leiden zu lassen. Im Gegenteil, die Frage des Asylrechtes sollte endlich in ein unangreifbares international kodifiziertes Recht verankert werden; ein Recht, das den Betroffenen Pflichten auferlegt, ihnen jedoch ein Mindestmaß von Rechten zugeht. Die Weltordnung mit ihren vielen verschiedenen Systemen kann nicht wollen, daß Menschen, die um ihrer Ueberzeugung willen, oder, wie es bei den Millionen Staatenlosen der Fall ist, vollkommen schuldlos heimatlos geworden, zum Spielball der Tagespolitik werden. Diesen Menschen gegenüber dürfte

kein anderer Grundsatz angewandt werden als gegenüber Schiffbrüchigen, von Feuersbrunst oder Erdbeben vertriebenen Menschen. Auch die Humanität ist unteilbar.

Wie entsteht die Staatenlosigkeit?

Kein Unterschied sollte gemacht werden zwischen den Staatenlosen und den politischen Flüchtlingen. Staatsbürger können ihr Staatsbürgerrecht verlieren, weil sie sich der Strafverfolgung wegen politischer Delikte durch Flucht entzogen haben. Solche Staatenlose gibt es genug. Auf Grund des Gesetzes vom 31. Januar 1926 kann die italienische Staatsbürgerschaft ausdrücklich aberkannt werden. Durch das Gesetz vom 14. Juli 1933 kann die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden. Auch das polnische Gesetz vom 20. Januar 1920, das rumänische vom 23. Februar 1924 und das französische Gesetz vom 10. August 1927 lassen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft wegen Verletzung der Militärdienstplicht oder staatsgefährlicher Handlungen von Flüchtlingen zu. Ungarn hat bereits 1879 ein Gesetz erlassen, nach dem die Staatsbürgerschaft nach mehr als zehnjähriger Abwesenheit außerhalb der Staatsgrenze verloren geht. Rußland hat ein Gesetz vom 15. Dezember 1921, wonach alle Russen, welche im Ausland länger als fünf Jahre verbleiben oder dorthin ohne Erlaubnis reisen, ihrer Staatsangehörigkeit verlustig gehen.

Darüber hinaus haben aber Menschen ihre Staatsangehörigkeit verloren infolge der widersprechenden Bestimmungen der Friedensverträge, so daß oft der groteske Zustand eingetreten ist, daß unbescholtene Menschen, die jahrelang ihren Wohnsitz in einem der Nachfolgestaaten gehabt haben, aus den Bestimmungen der Friedensverträge ihre Staatsangehörigkeit verloren haben. In dem vielen Hin und Her über den Streit um Heimatsberechtigung fehlte es an dem internationalen Schiedsrichter, mangelte es an dem Schutze durch einen Minoritätenvertrag. Um nur ein Beispiel heranzuziehen, haben durch die unglückliche Fassung der Friedensbestimmungen Personen, die im Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie heimatsberechtigt und dort durch Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden sind, zu tausenden ihre Staatsangehörigkeit verloren. Durch die Auslegung des Wortes »race«, das im französischen Text eine ganz andere Bedeutung hat und von den Entente-Juristen auch anders verstanden wurde, ist in den Nachfolgestaaten Tausenden von Optanten die Option unmöglich gemacht worden.

Es ist bis heute versäumt worden, den Schutz dieser Staatenlosen und der politischen Flüchtlinge zu organisieren. Zwar wurde für die russischen, armenischen und assyrischen Flüchtlinge bekanntlich unter dem Protektorat Fridtjof Nansens eine Institution geschaffen, die dieser Kategorie von Flüchtlingen eine gewisse Freizügigkeit einräumt, indem man ihnen den sogenannten Nansen-Paß gab, der ihnen fast volle Freizügigkeit sicherte, und durch Begründung des sogenannten Nansen-Fonds beim Völkerbund wurden auch arme Flüchtlinge unterstützt. Diese Maßnahme wurde durch die internationalen Konferenzen vom 15. Juli 1921 und 31. September 1924 gesichert. Aber die damals erfaßte Kategorie der Staatenlosen ist gering, die rechtliche Situation der ungeheuren Mehrheit der Staatenlosen bleibt weiter ungeklärt, abgesehen davon, daß nach dem Willen des Völkerbundes das Nansen-Amt, seit dem Tode des großen Menschenfreundes ohne Kopf, bis zum Jahre 1939 seine Arbeiten liquidieren soll. Die Haager Konferenz für internationales Recht hat im Frühjahr 1930 zwar die Aufnahmeverpflichtung des Herkunftsstaates, wenn auch verklaustriert, ausgesprochen, aber dieser Grundsatz ist für einen politischen Flüchtling kaum verwertbar, und in der Ausweisungspraxis richtet man sich kaum danach, obwohl von der Mehrzahl der Regierungen theoretisch der Grundsatz immer wieder anerkannt worden ist, daß kein Flüchtling, kein Staatenloser ausgewiesen werden darf, wenn seine Aufnahme in einem anderen Lande nicht gesichert gilt. Wird ein Staatenloser oder ein politischer Flüchtling ausgewiesen, so ist man allerdings der Meinung, daß er sich um die Zulassung des Landes, das ihn aufnehmen soll, selbst zu kümmern hat. Erreicht er eine solche Zulassung nicht, so wird er schwarz an die Grenze überstellt. Ob im Besitz eines Passes oder nicht, die Ausweisung wird durchgeführt.

Die neue deutsche und österrei-

chische Emigration hat diese Situation nicht etwa erleichtert, sondern erschwert. Das für die deutschen Flüchtlinge geschaffene Flüchtlingsamt hat versucht, für sie zumindest die Anwendung der Grundsätze der Genfer internationalen Paßkonferenz vom November 1927 zu erreichen, wonach die an dieser Konferenz beteiligten Regierungen gehalten werden sollen, den nicht im Besitze eines Nansenpasses befindlichen Staatenlosen ein solches Identitätspapier zu geben, auf dem Visa erteilt werden. Von diesen Vorschlägen der Paßkonferenz hatten bisher nur folgende Staaten Gebrauch gemacht: Deutschland (wobei man nicht weiß, wie weit das Hitlerregime sich noch an diese Vereinbarungen hält), Frankreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und Rumänien. In einzelnen Ländern werden aber an die Erteilung derartiger Interimpässe bestimmte Bedingungen geknüpft. Jugoslawien hat sich an die praktischen Resultate der Genfer Paßkonferenz nicht gehalten. Diese Tatsache hat zu folgendem Kuriosum geführt, das an Hand eines praktischen Falles vorliegt:

Ein deutscher Jude ist aus rassistischen Gründen zunächst nach Frankreich geflüchtet. Seine Tochter lebt in bescheidenen Verhältnissen in Jugoslawien, und er beschließt, ohne im Besitze eines Passes zu sein, zu ihr zu fahren. Kann dieser Mann, der das sechzigste Jahr überschritten hat, nun bei seiner Tochter bleiben? Die jugoslawischen Behörden bedeuten ihm, daß sie gegen seinen Aufenthalt bei der Tochter nichts einzuwenden hätten — wenn er ein Paßdokument hätte. Das »au conduit«, welches ihm die Franzosen ausgestellt haben, genügt nicht, und Jugoslawien stellt keine Interimpässe aus. Also ausgestattet mit Empfehlungsschreiben der jüdischen Gemeinde in Belgrad begibt sich der Betroffene nach einem der Länder, die die Genfer Paßkonvention anerkannt haben. Obwohl jeder Mittel bar müssen jüdische Wohlfahrtsinstitutionen die Reisekosten aufbringen, damit sich der Sechzigjährige aus einem anderen Lande einen Interimpass holt, um dann, zumindest für die Dauer der Gültigkeit dieses Dokuments, gewöhnlich nicht länger als ein Jahr, bei seiner Tochter leben zu können, vorausgesetzt, daß Jugoslawien ihm dann das unumgänglich notwendige Einreisevisa erteilt, was in diesem Falle nicht geschah!

Man ersieht hieraus die groteske Situation der Menschen zwischen den Grenzen. Man erkennt aber auch, daß alle Enquêtes, wie sie von den Völkerbündigen, von der Föderation der Ligen für Menschenrechte anlässlich des Brüsseler Kongresses im Jahre 1927 gemacht worden sind, uns noch keinen Schritt der Lösung dieses Problems näher gebracht haben. Es kommt hinzu, daß die Wirtschaftskrise naturgemäß dieses Problem verschärft hat. Obwohl dasselbe wie kein anderes nur international gelöst werden kann, betrachten die einzelnen Staaten — wie die Genfer Verhandlungen gezeigt haben — es doch zu sehr aus ihrer eigenen Perspektive, anstatt der von vielen hervorragenden Fachleuten mit aller Intensität geforderten internationalen Regelung zuzustimmen; eine Regelung, die auch die soziale Seite in sich beziehen müßte.

Vorschläge zur Lösung

Für diese Regelung gibt es drei variable Vorschläge, die dem Expertenkomitee unterbreitet worden sind. Das mindeste was geschehen muß ist die Gleichstellung der italienischen, spanischen, deutschen, österreichischen und sonstigen Flüchtlinge mit den russischen, armenischen und assyrischen Flüchtlingen. Das heißt, genau wie der Völkerbund für diese sorgt und ihnen eine gewisse Freizügigkeit einräumt, muß auch für die andern Flüchtlinge, einschließlich jener ungewollten Flüchtlinge, der Staatenlosen, gesorgt werden. Das hätte die Verlängerung der Nansenkonvention zur Voraussetzung. Die Zahl der in Frage kommenden Menschen wird schwankend auf ein bis zwei Millionen geschätzt. Hier kann zum international kodifizierten Recht erhoben werden, daß politische Flüchtlinge, deren Identität auf Grund von Dokumenten oder Auskünften der Flüchtlingsorganisationen festgestellt ist, von keinem Staate zurückgewiesen oder nur im Falle schwerer Zuwiderhandlungen gegen die Sicherheit und öffentliche Ordnung des Asylstaates nach einem gesetzlich geregelten Verfahren mit Parteigehör ausgewiesen werden dürfen. Die Kontrolle über die Flüchtlinge soll in enger Zusammenarbeit über eine international zu bildende Evidenzzentrale gewährleistet werden (etwa das Nansen-Amt), welche verpflichtet ist, von sämtlichen Flüchtlingsorganisationen wie auch Behörden Auskünfte zu erhalten und zu erteilen. Daher ist der norwegische Antrag im Interesse der Lösung dieses Problems so außerordentlich zu begrüßen.

Zur Bereinigung der immer noch schwebenden Paßfrage ist es notwendig, daß diejenigen Länder, wie Holland, Jugoslawien etc., welche die Resolution der internationalen Paßkonferenz von 1927 noch nicht ratifiziert haben, diese Ratifikation schnellstens durchführen. Das sind — wie es uns scheint — Mindestforderungen.

Die nächste erstrebenswerte Etappe ist die Anerkennung folgender Grundsätze:

1. Sämtliche Staatenlosen, einschließlich der politischen Flüchtlinge, stehen unter dem Schutz des Völkerbundes.
2. Die Staatenlosen, bzw. politischen Flüchtlinge haben Anspruch auf einen allgemein anerkannten Paß, auf welchem die Einreisebewilligung nur nachweisbar staats- oder sicherheitsgefährlichen Personen verweigert werden darf.
3. Staatenlose, bzw. politische Flüchtlinge, dürfen aus dem Staate, in welchem sie sich aufhalten, schon im Interesse einer besseren Kontrollmöglichkeit nur wegen Staats- oder Eigentumsgefährlichkeit auf Grund eines gerichtlichen Urteils oder Erkenntnis der Verwaltungsbehörde nach gesetzlich geregeltem, ihre Rechte während dem Verfahren ausgewiesen werden. Der Vollzug der Ausweisung ist erst zulässig, wenn die Einreise in einen anderen Staat bewilligt ist.
4. Nach unbeanstandetem zweijährigem Aufenthalt in einem Staat dürfen Staatenlose, bzw. politische Flüchtlinge nur auf Grund eines gerichtlichen Urteils wegen schwerer Delikte ausgewiesen werden.
5. Staatenlose, bzw. politische Flüchtlinge, welche sich in einem Staate drei Jahre aufhalten, sind privatrechtlich dessen Staatsbürgern gleichgestellt. Ihnen ist unter den gleichen Bedingungen wie diesen Arbeit in privaten Unternehmungen gestattet. Staatenlose, einschließlich der politischen Flüchtlinge, haben die Verpflichtung, sich unter keinen Umständen in die innere Politik des Gaststaates einzumischen.
6. Staatenlose, bzw. politische Flüchtlinge, welche sich länger als fünf Jahre (entsprechend den amerikanischen Gesetzen über Einbürgerung) in dem Gaststaate aufhalten, haben Anspruch auf Verleihung der Staatsbürgerschaft.

Diese erstrebenswerte nächste Etappe würde zu der idealen Lösung führen, die darin besteht, daß alle gegenwärtig verhandelten Staatenlosen und politischen Flüchtlinge nach gewissen noch näher zu bezeichnenden Grundsätzen Bürger eines zu ihrer Aufnahme verpflichteten Staates (auf Grund einer gerechten Verteilung durch eine Clearingstelle) werden. Die Quellen aller künftigen Staatenlosigkeit, aller Qualen und allen Gebetszorns aber würden damit verschüttet werden. Der Völkerbund steht vor der Frage, dieses Millionen Menschen betreffende Problem einer Lösung entgegenzuführen oder diese Menschen in das Nichts zu stoßen. Vor die Wahl gestellt, dem nationalen Egoismus nachzugeben oder das Gesetz von der Unteilbarkeit der Humanität anzuerkennen, kann die Entscheidung eigentlich nicht schwer fallen.

Felix Burger.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.